

Vision einer sozialen und verantwortungsbewussten Lebensgestaltung

Vorwort

Eine verwirtschaftete Gesellschaft vom Kopf auf die Füße gestellt

In diesem Jahrhundert sind drei Versuche unternommen worden, den Kapitalismus zu zähmen. Nach der Revolution gegen die Monarchie startete 1919 das demokratische Experiment. Allerdings konnte es sich gegen den faschistischen Terror nicht lange behaupten. Auf den Trümmern des 2. Weltkrieges wurde 1949 das sozialstaatliche Experiment errichtet. Er wurde seit Anfang der 80er Jahre durch die politisch mehrheitsfähig gewordene neoliberale Dogmatik mutwillig demontiert. 1989 haben Bürgerinnen und Bürger in Ostdeutschland und Osteuropa den real existierenden Sozialismus zum Einsturz gebracht – in der Erwartung, dass Marktwirtschaft und Menschenrechte miteinander versöhnt werden könnten. Dem revolutionären folgte das staatliche, und dem staatlichen das zivilgesellschaftliche Experiment einer demokratischen Zählung des Kapitalismus.

Ein zivilgesellschaftliches Profil zeigen auch die Visionen, Realisierungsgrundlagen und Praxisbeispiele dieses Buches. Zum einen verweist der Titel auf eine politische Gestaltungsaufgabe. Damit wird ein Deutungsmuster zurückgewiesen, das die Systeme von Wirtschaft und Staat bloß funktional gesteuert sieht. Aber nicht nur die Beteiligung an der Erwerbsarbeit und die Verteilung des materiellen Reichtums sollen gestaltet werden, sondern das Leben. Es geht um Visionen, die zwar an demokratischen Errungenschaften anschließen, aber deren eingespielte Verfahren, Lähmungen und Verkrustungen nicht zum letzten Handlungsmaßstab erklären. Zum anderen werden 14 Teilssphären moderner Gesellschaften, die sich weithin voneinander abgetrennt und in eigenwillige, oft widerstreitende Funktionsregeln ausdifferenziert haben, in ihrer wechselseitigen Vernetzung erschlossen. Das Buch lässt sich vorzüglich von hinten her lesen, vom praktischen Standpunkt her. Denn die Visionen des ersten Teils erhalten von den Beispielen aus der Praxis ihre Überzeugungskraft.

Die „Visionen“ werden jeweils veranschaulicht an Schlüsselbegriffen der öffentlichen Diskussionen, etwa Arbeit, Leistung, Wettbewerb, Geld, Privateigentum, Globalisierung. Charakteristisch ist jedoch die Doppeldeutigkeit der mit diesen Begriffen bezeichneten Leitbilder. Keines von ihnen wird total angehimmelt oder total verteufelt. In sich sind sie neutral, erst im abwägenden Urteil und im praktischen Einsatz werden sie einer ethischen Bewertung zugänglich.

Die Visionen und Reformwege treffen den Kern jener Schiefelage der Macht, die kapitalistische Marktwirtschaften kennzeichnet. Solange die unternehmerische Entscheidungskompetenz auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln aufruht, ist es folgerichtig, das Kapital zu neutralisieren und das Unternehmen als Personenverband bzw. als Vertragsnetz aufzubauen. Da die positive, wie destruktive Dynamik kapitalistischer Marktwirtschaften aus der Geldschöpfungsmacht der Banken und der Sensibilität der Finanzmärkte resultiert, klingen die Argumente der Autoren zugunsten der Verzahnung des monetären und des realwirtschaftlichen Kreislaufs durch ein lokal und regional verortetes Finanzsystem, das genossenschaftlich organisiert ist, plausibel. Aber selbst wer einen arbeitsteilig, erwerbs- und geldwirtschaftlich organisierten Markt für überlegen hält, kann

die Risiken, in die die Finanzmärkte derzeit den realwirtschaftlichen Kreislauf von Investitionen, Produktion und Konsum hineintreiben, nicht übersehen.

Die Autoren klären auf, fragen nach, regen an. Dafür verdienen sie großen Dank.

Friedhelm Hengsbach SJ. Frankfurt am Main

Die Ausgangssituation

Die globalen Schwierigkeiten in allen Lebensbereichen auf unserer Erde, wie zum Beispiel die Bedrohung der Schöpfung, die weltweite Massenarbeitslosigkeit und die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, machen die Notwendigkeit einer umfassenden Neuorientierung bei der Gestaltung der menschlichen Lebenszusammenhänge immer dringlicher. Die Jahrtausendwende als ein gleichsam mystischer Zeitpunkt in der historischen Menschheitsentwicklung scheint allen den Stimmen zusätzliches Gewicht zu verleihen, die auch eine fundamentale Wende des menschlichen Bewusstseins einfordern. Dabei ist nicht zu übersehen, dass immerhin schon vor zweihundert Jahren dieses menschliche Bewusstsein im Gefolge schmerzlicher gesellschaftlicher Entwicklungen die Proklamation der Menschenrechte und die Forderung nach Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit aus sich heraus geboren hat. Dieses soziale Kunstwerk des menschlichen Geistes gilt es einer Weiterentwicklung und Vollendung zuzuführen. Alle anderen menschlichen Bemühungen und Wissenschaften werden in Zukunft keine Wirkungsgrundlage mehr vorfinden, wenn nicht diese alles entscheidende Kunst, nämlich die menschliche Gestaltung unserer Gesellschaft, zum zentralen Anliegen gemacht wird.

Alle Bedrohungen und Beeinträchtigungen irdischen Lebens, bis hin zu kriegerischen Auseinandersetzungen, haben ihre Wurzel in der Abartigkeit unserer sozialen Lebensgestaltung. Dies gilt auch für die im Gefolge unseres Fehlverhaltens auftretende ökologische Bedrohung der gesamten Schöpfung, die auch in unsere Verantwortung gestellt ist. Im Bewusstsein dieser Verantwortlichkeit und in dem ernsthaften Bestreben einer Fortentwicklung der sozialen Kunst als einer Menschheitsaufgabe ergibt sich die unabwendbare Notwendigkeit einer Neugestaltung unserer menschlichen Lebensweise. Dabei ist in diesem Zusammenhang unübersehbar, dass in ganz besonderem Maße dem Wirtschaftsleben eine zentrale Bedeutung zukommt. Nach dem vorhersehbaren Zusammenbruch und Machtverlust der staatskapitalistischen Wirtschaftsideologie im Osten hat sich nunmehr der westliche Privatkapitalismus seiner Maske der „sozialen Marktwirtschaft“ entledigt und globalisiert seinen menschenverachtenden Egoismus und Machthunger.

In immer mehr Publikationen wird dieser „Terror der Ökonomie“ (so der Titel eines Buches von V. Forrester) klar analysiert und angeprangert und die Vernetzung von Macht, von Geld und Markt deutlich gemacht. Aber es fehlt weitgehend ein Konzept der Alternative, eine „Vision“ der Einbindung und Verpflichtung der Wirtschaft zur Gestaltung einer menschlicheren und zukunftsfähigen Gesellschaft.

Eine kleine Gruppe von Menschen mit intensiver praktischer Lebenserfahrung durch eine lange und exponierte Tätigkeit in den gesellschaftlichen Bereichen Gewerkschaften, Kirchen

und Wirtschaft haben versucht, aus tiefer Sorge um die Zukunft, eine „Vision“ zu erarbeiten, wie unsere Gesellschaft ihr Verhalten zu verändern hat.

Dabei sind sich die Verfasser durchaus bewusst und nehmen in Kauf, dass bei dem Umfang der Thematik die komprimierte Zusammenfassung zwangsläufig unvollkommen und nicht vollständig dargestellt ist. Es sollen die großen Linien aufgezeigt werden und wie so oft ist der Weg das Ziel. So wendet sich diese Schrift an alle Menschen guten Willens, die die großen Gefahren und Bedrohungen für die Menschheit erkennen und voller Sorge nach Auswegen aus unserem zivilisatorischen Irrgarten suchen. Die Verfasser wollen zum Nachdenken anregen, Zusammenhänge deutlich machen und möchten in einen ernsthaften Dialog mit Befürwortern und Kritikern dieser Vision eintreten. Es ist das besondere Anliegen der Autoren, nicht bei einer kritischen Analyse der bestehenden Ordnung zu verharren und anzuklagen, sondern Wege zu weisen, die aus den beiden Sackgassen Kapitalismus und Staatsozialismus herausführen. Diese konkrete Wegweisung wird in dem Kapitel „Realisierungsgrundlagen“ versucht.

Alle vorgeschlagen Veränderungen basieren auf den Möglichkeiten und Ideen des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland und den Inhalten der proklamierten Menschenrechte. Damit verliert diese Darstellung einer veränderten Gesellschaft unübersehbar den Charakter einer Utopie und nimmt stattdessen als „Vision“ eine durchaus realisierbare Zukunft in den Blick.

Die Darstellung versucht in konzentrierter Form die wichtigsten gesellschaftlichen Bereiche anzusprechen und dazu eine jeweils im Text hervorgehobene, eingerahmte Grundaussage zu machen.

Folgende Bereiche sind Gegenstand dieser visionären, zukunftsorientierten Betrachtung:

- Wirtschaft
- Arbeit
- Wettbewerb
- Geld und Kapital
- Technik und Rationalisierung
- Energie
- Ökologie
- Eigentum an Produktionsmitteln, sowie an Grund und Boden
- Die Aufgaben des Staates
- Das soziale Netz
- Der Kulturbereich
- Die Natur des Menschen und geschichtlicher Rückblick
- Blick auf die Globalisierung
- Landwirtschaft

Darstellung der einzelnen Sachgebiete

Wirtschaft

Es ist unbestreitbar, dass in unserer Zeit die Wirtschaft in sehr vielen Bereichen für gesellschaftliche Veränderungen die materielle Grundlage liefert. Dies zu erkennen, bedarf es allerdings zuerst einer generellen Bewusstseinsänderung.

Dieses neue Bewusstsein kommt dann zu der Erkenntnis, dass Wirtschaft ausschließlich eine **dienende Funktion** haben darf. Sinn und Zweck des Wirtschaftens ist nur **Bedarfsbefriedigung**, sicherlich auch durchaus über die sogenannten Grundbedürfnisse hinaus, aber ohne das Ziel eines ständig sich steigernden Konsumfetischismus.

Gewinnerzielung darf **kein Selbstzweck** sein, sondern allenfalls eine betriebswirtschaftliche Notwendigkeit zur Sicherung und Entwicklung von Wirtschaftsunternehmen.

Jede **Steigerung des Wohlstandes** durch wirtschaftliche Aktivitäten muss sich an den Kriterien **ökologischer Verträglichkeit**, der physischen und psychischen Gesundheit und der Unbedenklichkeit für kommende Generationen orientieren.

Die **Erträge** aus wirtschaftlicher Tätigkeit müssen **allen Mitarbeitern** angemessen zufließen, nicht als freiwillige Zuwendung der Eigentümer von Unternehmen, sondern aufgrund neuer Strukturen in der Eigentumspolitik (siehe dort). Damit erlangt Wirtschaft eine Nähe zur Brüderlichkeit unter Verzicht auf Machtausübung.

Der volkswirtschaftliche Begriff des **Bruttosozialproduktes BSP** bedarf einer grundlegenden inhaltlichen Korrektur, indem gerade die „sozialen Produkte“, die heute durchweg unbezahlbaren Leistungen vieler Schichten der Gesellschaft, ebenfalls eine volkswirtschaftliche Bewertung erfahren müssen, während der **negative Anteil des BSP**, wie Umweltzerstörung, Unfälle, soziale Kosten als Folge einer reinen Wachstumswirtschaft und anderes mehr als **Wohlstandsreduzierung** erkannt und systematisch reduziert werden muss (siehe Christian Leipert, „Die heimlichen Kosten des Fortschritts“).

Gerade das Anwachsen dieses negativen BSP hat zur Folge, dass die von der Wirtschaft verursachten Folgekosten von Gemeinden, Ländern und Bund nicht mehr bezahlt werden können. Vom volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt aus ist es unerträglich, dass die von der Wirtschaft zu verantwortenden Schäden in diesen „Negativ-Bereichen“ von der Allgemeinheit zu bereinigen und zu bezahlen sind, nach der Devise: **Gewinne werden privatisiert, Verluste (Schäden) sozialisiert**. Dazu profitiert die Wirtschaft noch zusätzlich von den aufwendigen Infrastrukturen, die die Gemeinschaft zur Verfügung stellt.

Fazit: Das **gemeinsam erwirtschaftete Volkseinkommen** muss auch der ganzen Gesellschaft zur Verfügung stehen.

Wirtschaft ist gefordert, der **Produktethik** einen hohen Stellenwert einzuräumen – es darf nicht alles gemacht werden, was machbar ist. Dies wird dadurch ermöglicht, dass alle gesellschaftlichen Kräfte durch entsprechende Organisationen ein Mitspracherecht erhalten. Denn in einer Wirtschaft der Zukunft steht der **Mensch im Mittelpunkt** des Geschehens, **nicht der Markt**, nicht der Gewinn, nicht die Machtausübung durch wirtschaftlich motivierten und ermöglichten Egoismus.

Wirtschaft wird zu einer **kooperativen, assoziativen Veranstaltung** innerhalb der jeweiligen Branchen und auch untereinander im Dienste der ganzen Gesellschaft, **ohne** den selbstzerstörerischen Zwang zu **grenzenlosem Wachstum** und **ohne** den volkswirtschaftlich absurden **Verdrängungswettbewerb**, der zwar den Wohlstand einzelner fördert, aber nicht den der Gesellschaft, sondern dieser sogar aller verursachten Lasten und sozialen Probleme aufbürdet. Anstelle des mörderischen Verdrängungswettbewerbs tritt ein produktiver **Leistungswettbewerb**.

Es gibt keinen vernünftigen Grund, weshalb nicht alle Unternehmen einer Branche ihre Aktivitäten untereinander abstimmen, um Fehlentwicklungen aller Art, wie auch Über- und Unterkapazitäten, zu vermeiden. Wenn solche Absprachen in aller Offenheit, unter Beteiligung und mit Information der Konsumenten erfolgen, bedeutet dies eine enorme Wohlstandsvermehrung, nicht zuletzt deshalb, weil die von Jahr zu Jahr steigenden wirtschaftlichen Verluste durch Konkurse verhindert werden, ganz abgesehen von den daraus entstehenden menschlichen Problemen. Um eine derartig assoziativ entwickelte Wirtschaft zu gestalten und zu akzeptieren, bedarf es nur einer Grundvoraussetzung: statt Eigennutz ist Gemeinwohl gewollt.

Eine menschliche, der gesamten Gesellschaft verantwortliche Wirtschaft hat sich in Mäßigung zu üben. In diesem Zusammenhang erlagen **Behutsamkeit, Regelmäßigkeit und Nachhaltigkeit** eine besondere Bedeutung und Priorität gegenüber krebsartigem Wachstum.

Wirtschaft muss als ein **lebendiger Organismus** betrachtet werden, in welchem die verschiedenen Organe kooperativ zusammenarbeiten, sich gegenseitig unterstützen und ergänzen. Durch eine Vernetzung werden Überforderungen einzelnen Organe und damit Krankheitszustände verhindert.

Zusammenfassung:

- Wirtschaft hat eine dienende Funktion. Ihr Ziel ist Bedarfsdeckung, nicht Gewinnerzielung als Selbstzweck
- Wohlstand gelingt nur über ökologische Verträglichkeit
- Erträge fließen allen Mitarbeitern und der Gesellschaft zu
- Wirtschaft verkörpert die Brüderlichkeit unter den Menschen
- Eine neue Definition des Bruttosozialproduktes BSP ist unverzichtbar
- Wer die Infrastruktur zu seinem Vorteil nutzt, wird besonders sozialpflichtig
- Produktethik ist unverzichtbar und ein Anliegen der ganzen Gesellschaft
- Der Mensch steht im Mittelpunkt, nicht der Markt
- Keine Machtausübung durch die Wirtschaft
- Wirtschaft als kooperative, assoziative Veranstaltung
- Statt mörderischem Verdrängungswettbewerb ein branchenbezogener, echter Leistungswettbewerb
- Unbegrenzttes Wachstum bedeutet Krebs
- Selbstbeschränkung, Behutsamkeit, Nachhaltigkeit der Wirtschaft
- Wirtschaft als lebendiger Organismus

Arbeit

Der Begriff Arbeit ist als Ausdruck anzusehen für ein elementares Bedürfnis des Menschen zum Tätig sein, sich zu beschäftigen, sowohl körperlich wie geistig. Dabei sind zwei Ansätze in der Aufgabe und im Wesen des Menschen begründet: **Arbeiten, um das physische Leben zu erhalten** und **Tätigkeit aus Freude** und aus dem Bedürfnis nach **Selbstentfaltung**. Die Jagd und die landwirtschaftliche Tätigkeit sind die Urformen der Arbeit für die Physis, wobei die Natur die Grundlage dafür als Geschenk dem Menschen zur Verfügung stellt.

Die **Arbeitsteilung** hat im Laufe der Menschheitsentwicklung diese Arbeit zum **Broterwerb** umgewandelt und erweitert nach der Devise: **Jeder arbeitet für den anderen**, anstelle der früheren reinen Selbstversorgung, wie oben beschrieben.

Diese Art von Arbeit bereitet nicht nur Freude, sie ist auch Mühsal, nicht zuletzt durch eine unausgewogene Lastenverteilung im Zusammenhang der Arbeitsteilung und der Erweiterung der menschlichen Wünsche. Dieses **Ungleichgewicht** wurde verstärkt durch die **Konzentration der Naturgrundlage** (Grund und Boden) und der **Arbeitsmittel** (Produktionsanlagen) in der Hand weniger, mit der Möglichkeit von **Machtausübung** und der Beherrschung vieler, die Arbeit als Broterwerb nachfragen müssen. Die **Arbeit wurde zur käuflichen Ware** mit allen Konsequenzen aus Angebot und Nachfrage auf einem Markt, der zunehmend einseitig von der Nachfrage nach Arbeit beherrscht wird.

Damit verstärkte sich die **Trennung von Arbeit** zur Existenzsicherung einerseits und Tätig sein aus Freude und Sinnerfüllung andererseits. Auf der einen Seite wurde die „verkaufte“ **Erwerbsarbeit** zunehmend als Last, als Maloche, empfunden und die **Freizeit** als die Möglichkeit der individuellen Tätigkeiten angesehen, die Freude machen und dem Leben Sinn geben. **Die Einheit der menschlichen Natur ist dadurch zerstört.**

Dieser Entwicklung liegt ganz wesentlich die Tatsache zugrunde, dass **Erwerbsarbeit als Ware** vorrangig dazu dient, Macht und materiellen Reichtum zu mehren, den Konsum zu fördern und nur nebenbei und dazu unvollkommen die physischen und psychischen Lebensgrundlagen der Menschen zu sichern, die dadurch immer mehr in Frage gestellt werden.

Ein weiteres Problem ist der kontinuierliche **Rückgang** des Angebotes **von Erwerbsarbeit** infolge von Technik und Rationalisierung. Was eigentlich dazu dienen könnte, dem Menschen die Mühsal einer zu langen, zu schweren, zu eintönigen Erwerbsarbeit zu erleichtern, wird dadurch das kapitalistische Wirtschaftssystem (Arbeit als Mittel zu bloßen Gewinnerzielung) zu einer zunehmenden Bedrohung für die Menschen, zur elementaren Sorge um die nackte Existenzsicherung, Ausgeschlossen sein vom Arbeitsleben und Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes zerstören die Solidarität und machen Menschen krank.

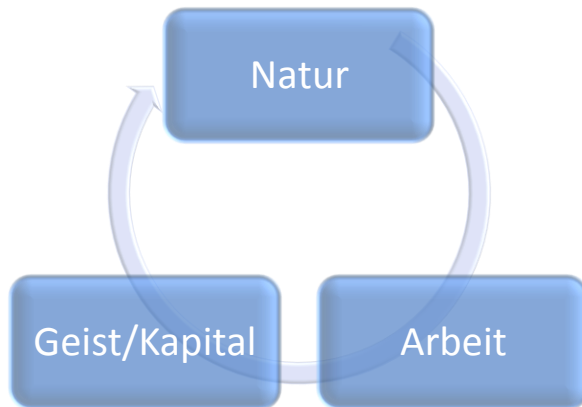
Die ständig wachsende Produktivität der modernen Wirtschaft kann es ermöglichen, dass die reine **Erwerbsarbeit drastisch reduziert** wird und so dem Menschen Spielraum eröffnet wird zu Tätigsein nach seinem Belieben, in seinem privaten Bereich und für die Gemeinschaft, wo eine Fülle von Aufgaben von den „Erwerbstätigen“ mangels Gewinnerwartung nicht geleistet werden können.

Einseitig **egoistisches betriebswirtschaftliches Denken** verhindert permanent die Realisierung **volkswirtschaftlicher** (globaler) Notwendigkeiten, wie **drastische Reduzierung der Arbeitszeiten** und fördert die Produktion“ von immer mehr Arbeitslosigkeit und mehr nutzlosen, schädlichen Gütern, und dies bei ständig steigendem Reichtum weniger.

Art und Umfang von **Erwerbsarbeit** bedarf außerdem einer sorgfältigen **Bewertung und Definition**. In dem Buch „Streit um die Arbeit“ von Klaus Fütterer sind die Gestaltungsgrundsätze für die Zukunft der Arbeit klar definiert:

- Ökologische Verträglichkeit
- Menschengemäßheit
- Sozialverträglichkeit
- Demokratiegemäßheit
- Dienst an der weltweiten Gerechtigkeit und am Frieden

Bei Einhaltung dieser Kriterien und unter Berücksichtigung der unablässig steigenden Produktivität reduziert sich die reine Erwerbsarbeit drastisch und gibt dem Menschen Raum für Tätig sein und Beschäftigung mit sinnvollen, auch Freude bereitenden Aufgaben. Die Gestaltung der von Erwerbsarbeit befreiten Zeit, der „**Freizeit**“, gewinnt höchste Priorität. Erstmals in der Menschheitsgeschichte hat der Mensch in weiten Bereichen Freiheit gewonnen durch Einsatz seines „geistigen Kapitals“, dem dritten Organ im ganzheitlichen Organismus seiner irdischen Lebensgrundlage.



Natur ist die Grundlage allen Lebens und aller materiellen Güter.

Arbeit an und mit der Natur ist Voraussetzung für menschliche Entwicklung.

Geist verwandelt sich in Kapital und damit in Fortschritt und Entwicklung.

Aber: Arbeit und Geist (Kapital) bedingen einander, sind gleichwertig, aber beide sind wirkungslos ohne das Geschenk NATUR.

Der sinnvollen Gestaltung dieser Freizeit mit Beschäftigungen und Muse kommt eine ganz besondere Bedeutung zu und wird zur Schicksalsfrage werden (siehe Kapitel Kultur). Schon heute zeichnen sich Entwicklungen ab, die den Wert der gewonnenen Freiheit in Frage stellen. Eine zunehmende Kommerzialisierung der Freizeit trägt wesentlich dazu bei. Dabei ist unbestritten, dass die Gesellschaft eine **Fülle von Gemeinschaftsaufgaben** anzubieten hätte, wenn diese Arbeiten zu bezahlen wären. Es ist also Fakt: an Arbeit, an

Tätigkeiten und Aufgaben fehlt es nicht in unserer Gesellschaft, aber die dafür notwendigen materiellen Mittel stehen der Gesellschaft trotz ständig steigender Produktivität (= Wohlstand) nicht zur Verfügung, nur die Zahl der Arbeitssuchenden steigt.

Zusammenfassung:

- Arbeit ist ein elementares Bedürfnis des Menschen
- Arbeit zur Existenzsicherung, zur Freude, zur Selbstentfaltung
- Arbeitsteilung als Chance und Gefahr der ungleichgewichtigen Machtausübung
- Arbeit darf keine käufliche Ware sein
- Zerstörung der menschlichen Einheit, wenn Arbeit nur zur Mehrung von Macht und Reichtum dient
- Die Erwerbsarbeit ist rückläufig durch Technik und Rationalisierung
- Die Produktivität steigt unablässig, trotz Arbeitslosigkeit
- Dadurch aber Möglichkeiten für Gemeinschaftsaufgaben
- Volkswirtschaftliches (globales) Denken statt nur betriebswirtschaftliches Handeln
- Bewertung der Erwerbsarbeit nach gesellschaftlichen Kriterien
- Bedeutung und sinnvolle Gestaltung der neu gewonnenen „Freizeit“ als Schicksalsfrage
- die irdische Lebensgrundlage dargestellt als Gesamtorganismus
- Mittel aus der Produktivitätssteigerung für Gemeinschaftsaufgaben

Wettbewerb

Die gedankliche Auseinandersetzung mit dem Begriff Wettbewerb ist unverzichtbar, wenn die gegenwärtige Situation in ihren Wurzeln erkannt werden will. In der Folge sind auch die hier vorgetragenen visionären Gedanken nur nachvollziehbar, wenn der im Wettbewerb inwohnenden Kraft nachgespürt wird.

Menschliches Tun braucht Wettbewerb als eine **Antriebskraft**, zur **Motivation** und als Möglichkeit des **Vergleichens** und ist grundsätzlich positiv zu bewerten. Fortschritt im Sinne menschlicher Weiterentwicklung ist ohne Wettbewerb schwer vorstellbar.

Ein anderer Ausdruck für Wettbewerb ist **Konkurrenz**. Während gesunder Wettbewerb ein menschliches Antlitz trägt, haftet der Konkurrenz etwas **Bedrohliches** an. Tatsächlich hat sich in unserer Gesellschaft und insbesondere in der Wirtschaft mit dem Wort Konkurrenz oder Wettbewerb die Vorstellung von **Verdrängung, Ausschaltung, Vernichtung des Schwächeren**, verbunden. Wettbewerb ist zum Kampf um Sein oder Nichtsein geworden. Die **Sprache** benutzt in diesem Zusammenhang mit Vorliebe **kriegerische Ausdrücke** und letztendlich findet sich die Gesellschaft immer mehr damit ab, dass bei diesem Machtkampf unter den mächtigsten Egoisten die Humanität auf der Strecke bleibt, betriebs- und volkswirtschaftliche Werte vernichtet und Menschen ins Elend gestoßen werden.

Die Alternative ist ein **echter Leistungswettbewerb**, der die aufbauenden, die sozialen Kräfte im Menschen anspricht und fördert und der ganzen Gesellschaft zum Nutzen gereicht.

Ein sozialer Leistungswettbewerb in der Wirtschaft wird erkennbar durch

- solide Warenqualität
- Service
- Zuverlässigkeit
- Fairness
- Ausschöpfung der Kreativkräfte
- Verantwortungsbewusstsein

Darüber hinaus zeichnet sich ein gesunder, menschlicher Leistungswettbewerb durch **Achtung des Anderen**, des weniger Leistungsfähigen aus und fühlt sich zur **Hilfeleistung** angeregt.

In einer **branchenorientierten, kooperativen Wirtschaft**, die sich stark **regional organisiert** und ihre dem Menschen dienende Funktion ernst nimmt, hat dieser Leistungswettbewerb eine starke Position, weil die wirklichen Leistungsunterschiede zwischen branchengleichen Unternehmen besonders öffentlich und wahrnehmbar werden und schnell Reaktionen erzwingen, Leistungswettbewerb soll **nicht der Verdrängung** dienen, sondern Ansporn und Antrieb zu größerer Leistung sein, soll **friedensstiftend** sein, zum Wohle der Gemeinschaft, zum Nutzen des **volkswirtschaftlichen Wohlstandes**.

Der Schwächere sieht im Stärkeren ein Vorbild, der Stärkere im Schwächeren einen Hilfebedürftigen – nur so ist ein humanes Wirtschaftsgeschehen vorstellbar.

Jeder Wettbewerb braucht **Regeln**, weil die antisozialen Kräfte im Menschen einer ständigen Kontrolle und Zügelung bedürfen. Dies Erkenntnis fand schon früh ihren Niederschlag in der Bildung von **Wettbewerbskartellen**, die einen Missbrauch von wirtschaftlicher Macht verhindern sollen, aber immer mehr an Einfluss verlieren, weil die Macht der Wirtschaft zunehmend eine Regelung zu ihren Gunsten erzwingt bzw. Mittel und Wege findet, Kartellgesetze zu umgehen. So ist über die gesetzlichen Regeln hinaus mehr denn je ein **Kartell der Vernunft und Menschlichkeit** gefragt, das letztlich die einzige Alternative zu einem totalen Wirtschaftskrieg ist, in dem es am Ende nur Verlierer gibt.

Dieses Kartell der Vernunft sieht in **branchenbezogenen Absprachen** der Produktions- und Dienstleistungsbetriebe, die in aller Öffentlichkeit und mit Zustimmung der Verbraucher erfolgen, keine unmoralischen und den Verbraucher schädigenden Handlungen, denn sie nutzen diesem ja nur und verhelfen zudem der Volkswirtschaft zu mehr Wohlstand. Der heutige Verdrängungswettbewerb dagegen vernichtet durch Konkurse enorme Werte, die zuletzt immer zu Lasten der Allgemeinheit und damit der Verbraucher gehen.

Von großer Bedeutung ist noch die Tatsache, dass **frühere Generationen enorme Vorleistungen** für unsere Entwicklung auf allen Handlungsebenen erbracht haben. Daraus resultiert eine besondere Verpflichtung, diese Leistungen nicht für einen egoistischen Wettbewerb zu missbrauchen sondern sie zum Nutzen der Allgemeinheit weiter zu entwickeln.

Zusammenfassung:

- Menschliches Tun braucht Wettbewerb

- Unterscheidung zwischen gesundem Wettbewerb und Verdrängungswettbewerb
- Definition eines echten Leistungswettbewerbs
- Die Wirkungsweise eines Leistungswettbewerbs in einer assoziativen Wirtschaft
- Die Notwendigkeit von Wettbewerbskartellen
- Branchenbezogene Absprachen sind sinnvoll
- Die Bedeutung der Vorleistungen früherer Generationen

Geld und Kapital

Für ein richtiges Verständnis der Vorgänge um Geld und Kapital ist es von grundlegender Bedeutung, den **Unterschied der beiden Faktoren** zu erkennen. Am Anfang des menschlichen „Wirtschaftens“ stand der reine Tauschhandel, Ware gegen Ware. Zur Erleichterung dieses Tauschhandels wurde das Geld erfunden, zunächst in Form von Muscheln, Glasperlen, dann Münzen aus Kupfer, Gold und Silber und schließlich Papiergeld, bis hin zum heutigen bargeldlosen Zahlungsverkehr. In jedem Fall stellte das entsprechende Zahlungsmittel einen **Rechtstitel** dar auf den Wert einer gelieferten Ware oder Arbeitsleistung. Damit wird deutlich, dass **Geld** an sich nur ein **Hilfsmittel** ist, um den wirtschaftlichen Leistungsausgleich zeitlich variabel gestalten zu können.

Das Problem entsteht erst, wenn **Geld** zu einer **handelbaren Ware** wird, in Form von unterschiedlichen Währungen oder sogenannten Wertpapieren, die zu Spekulationsobjekten missbraucht werden. Auch das Verleihen von Geld gegen **Zins** und vor allem **Zinseszins** als Möglichkeit der **Geldvermehrung** ohne eigene Warenerzeugung oder erbrachte Leistung verursacht ein für den gesunden Wirtschaftskreislauf gravierendes Ungleichgewicht. Die Ware Geld erlangt ungerechtfertigte Vorteile gegenüber der Ware und Leistung und wird damit zum **Machtfaktor** mit allen seinen bekannten unmenschlichen Auswirkungen. Deshalb ist eine der wesentlichen Grundforderungen für eine soziale Lebensgestaltung, dass dem Geld wieder seine ursprüngliche Funktion zugewiesen wird, nämlich Tauschhilfsmittel und Rechtsanspruch auf Gegenleistung zu sein.

Zu einer neuen **Geldschöpfung** im Rahmen von Krediten für eine expandierende Wirtschaft ist ausschließlich eine Bundesbank berechtigt. Geschäftsbanken sind nur Vermittler zwischen den nach Geld und Kredit Nachsuchenden und den Geldbesitzern bzw. der verlängerte Arm der Bundesbank. Als solche sind sie reine Dienstleistungsanstalten, die keinen Gewinn erzielen dürfen und wollen. Geldhandel im weitesten Sinn findet nicht mehr statt, Zins- und Zinseszins im bisherigen Sinn zur leichten Geldvermehrung und zu Lasten derer, die Geld für sinnvolle wirtschaftliche Aktivitäten benötigen, wird es nicht mehr geben. Im Zusammenhang mit dieser Neuordnung des Geldwesens gewinnt die assoziative Wirtschaftsform eine herausragende Bedeutung (siehe Kapitel Wirtschaft).

Kapital hat seinen Ursprung im menschlichen **Geist**, denn nur dieser ist neben den Faktoren Arbeit und Natur in der Lage, im wirtschaftlichen Sinne neues Kapital zu erzeugen, indem neue Produkte, neue Produktionsmethoden, Erfindungen usw. als geistige Leistung dem Wirtschaftsfaktor zufließen und für die gesamte Gesellschaft den **Wohlstand erhöhen**. Es sei aber auch nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, dass im Sinne der Darstellung auf [Seite 16](#) diese Kapitalerhöhung und damit die Wohlstandsmehrung ohne die Faktoren Naturgrundlage und Arbeit in den allermeisten Fällen nicht möglich ist. Was heute als „Kapital“ bezeichnet wird, ist nur eine überwiegend auf fragwürdige Weise zustande

gekommene Geldansammlung, die immer weniger dem Wirtschaftskreislauf dient, sondern der Spekulation und die vor allem **Machtausübung** ermöglicht.

In einer gesunden, der ganzen Gesellschaft dienenden Wirtschaft wird immer mehr Kapital (= Erträge) für die sogenannten unproduktiven Bereiche einer Gesellschaft (Kultur, Erziehung, Soziales) zur Verfügung gestellt, denn Wirtschaft wird nicht veranstaltet, um nur Produktionswachstum und Gewinn für wenige (die Mächtigen) zu erzielen, sondern um den Wohlstand einer gesamten Gesellschaft zu sichern und zu erhöhen. In ganz besonderem Maße muss verhindert werden, dass mit Kapitalakkumulation Machtausübung verbunden wird. Hier ist in besonderem Maße der Gesetzgeber aufgefordert, den Auswüchsen von Macht durch eine weitestgehende Beschränkung der Finanzmärkte entgegenzuwirken.

Zusammenfassung:

- Der Unterschied von Geld und Kapital muss erkannt werden
- Geld ist Hilfsmittel und Rechtstitel bei wirtschaftlichen Vorgängen
- Geld darf keine handelbare Ware sein
- Zins, Zinseszins und Spekulationen mit Geld und Wertpapieren sind grundsätzlich in Frage zu stellen
- Leistungsloses Einkommen durch Geldanlagen darf es nicht geben
- Ausübung von Macht durch Geldbesitz muss verhindert werden
- Geldschöpfung ist nur durch eine Bundesbank möglich, im Rahmen einer kooperativen, assoziativen Wirtschaft
- Kapital ist im Ursprung menschlicher Geist und für jeden Wohlstand verantwortlich
- Wirtschaftliche Erträge müssen überwiegend der gesamten Gesellschaft zufließen
- der Gesetzgeber hat eine Kapitalkonzentration zum Zwecke der Machtausübung zu verhindern.
- Geschäftsbanken sind nur Vermittlungsinstitute, die keine Gewinne anstreben

Technik und Rationalisierung

Es liegt im Wesen des Menschen begründet, dass sein Geist nach immer neuen Möglichkeiten menschlichen Tätig seins forscht. Sein Geist entwickelt dabei immer neue Techniken und wirkt wie ein Motor.

So war es auch dem Menschen immer ein besonderes Anliegen, sein Tun zu erleichtern, eine Qualitätssteigerung zu erreichen und für die immer größere Zahl von Menschen die Menge der Produkte und Dienstleistungen zu erhöhen. Unter diesem Aspekt sind Technik und Rationalisierung eine segensreiche Entwicklung.

Gerade die vergangenen Jahrzehnte haben aber deutlich gemacht, dass neben dem Nutzen der Technik immer mehr **Gefahren** mit ihrer Entwicklung verbunden sind. Stellvertretend seien genannt die Atomenergie, die Gentechnik und die Motorisierung. Damit wird deutlich, dass zwar der Forscherdrang des Menschen zunächst keine Grenzen kennt, dass aber Nutzen und Gefahren der Forschungsergebnisse mehr denn je einer kritischen Abwägung bedürfen. Der heute erst zaghaft wirksam werdenden **Technikfolgenabschätzung** kommt deshalb eine ganz besondere Bedeutung zu. Es muss durch organisatorische und gesetzgeberische Rahmenbedingungen erreicht werden, dass Wissenschaft und Technik weder zum Selbstzweck werden, noch einseitigen Interessen dienen. Die Grundaussage lautet daher: **Es**

darf nicht alles gemacht und getan **werden**, was machbar ist. Technik darf nie die dem Menschen dienende Rolle aufgeben. Der **Rationalisierung** kommt für das Arbeitsleben der Menschen eine herausragende Bedeutung zu. Maschinen, heute Roboter, übernehmen mehr und mehr die bisher von Menschen geleistete Arbeit. Dies bedeutet in weiten Bereichen eine ungeheure **Erleichterung und Entlastung**. In zunehmendem Maße kommen aber dadurch auch **neue Bedrohungen** auf den Menschen zu. Viele Menschen werden als Folge der Rationalisierung und Technik arbeitslos, die Monotonie an den verbleibenden Arbeitsplätzen nimmt zu, der Leistungsdruck durch den zwanghaften Maschinentakt (Arbeit am Band) bringt physische und psychische Überforderung mit sich. Diese Entwicklung geht wie alles in der Wirtschaft unter dem Druck des Verdrängungswettbewerbs und dem Streben nach immer mehr Wachstum und Gewinn vor sich.

Aus dieser Erkenntnis resultiert die Notwendigkeit, Rationalisierung vorrangig zum Nutzen der Menschen einzusetzen. Neben der Arbeitserleichterung und der Einsparung von Rohstoffen und Energie hat die Rationalisierung in der Produktion vor allem **drei mögliche Wirkungen**:

- Herstellung von mehr Gütern in gleicher Zeit
- Herstellung von einer gleichen Gütermenge in kürzerer Arbeitszeit
- Herstellung von billigen Gütern

Wenn sie die Prämissen der Rationalisierung darstellen dann verdient diese ihren eigentlichen Wortsinn als der Vernunft und die Wirtschaft bekommt ein menschliches Antlitz.

Eine weitere Grundforderung muss sein, dass Rationalisierung keinesfalls Arbeitslosigkeit zur Folge haben darf, sondern stets der **Arbeitszeitverkürzung** dient. Auch der ökologische Gesichtspunkt von Produktion und Dienstleistung sollte bei jeder Rationalisierung Vorrang haben.

Zusammenfassung:

- Entwicklung von Technik liegt im Wesen des Menschen und ist segensreich
- Die ebenfalls wachsenden Gefahren verlangen nach einer Technikfolgenabschätzung
- Es darf nicht alles gemacht werden
- Auch die Rationalisierung hat Erleichterungen und Bedrohungen zur Folge
- Die positiven Möglichkeiten der Rationalisierung sind u.a. Zeitgewinn und Verbilligung
- Arbeitszeitverkürzung anstelle von Arbeitslosigkeit muss Vorrang haben

Energie

In dieser endlichen Welt kann nichts endlos wachsen – also auch nicht der Energieverbrauch. Vor knapp 30 Jahren hat der Club of Rome mit seiner Veröffentlichung „Die Grenzen des Wachstums“ erstmals umfassend deutlich gemacht, dass neben vielen Rohstoffen und Lebensstoffen auch die bis heute verfügbaren Energiereserven in einer überschaubaren Zeit zu Ende gehen. Dabei ist es für eine realistische Betrachtungsweise unserer Zukunftsaussichten bedeutungslos, ob die Energievorräte 30, 50 oder 100 Jahre reichen,

entscheidend ist die Endlichkeit selbst. Diese wiederum hängt noch von so entscheidenden Faktoren ab wie Wirtschaftswachstum, Verbrauch, Bevölkerungszahl. Nachdem alle diese Faktoren aufgrund des heute bestehenden Wirtschaftssystems und unserer materialistisch egoistischen Denkweise auf Zuwachs programmiert sind, ist der ökologische und gesellschaftliche Zusammenbruch umso kurzfristiger zu erwarten.

Im Gefolge dieser visionären Studie ist daher die Behandlung der Energiefrage bestenfalls stellvertretend für die Gesamtproblematik der Endlichkeit unseres Planeten Erde anzusprechen. Von den vier Elementen Erde, Wasser, Luft und Feuer ist gerade das Letztere der Gestaltungskraft des Menschen anheim gegeben, und wie er damit umzugehen versteht, das wird sein Schicksal bestimmen.

Immerhin beginnt sich seit einigen Jahrzehnten die Erkenntnis durchzusetzen, dass der bisher beschrittene Weg der Energiegewinnung und des Energieverbrauchs in eine Sackgasse führt. Wir wissen, dass fossile Energie nicht nur zu Ende geht, sondern ihre ungezügelt Verbrennung auch das Klima gravierend beeinflusst (CO²). Wir wissen weiter, dass die Atomenergie mit ihren Risiken, ihren tatsächlichen Kosten und den unverantwortbaren atomaren Hinterlassenschaften für kommende Generationen nicht tragbar ist. Unabhängige Wissenschaftler und Forscher in aller Welt lassen keinen Zweifel daran aufkommen, dass es für eine Energiewende höchste Zeit ist.

Diese Wende ist möglich, wie eine Fülle von seriösen Studien dies deutlich macht. Dabei sind im Wesentlichen drei Bereiche zu nennen, die einer Veränderung bedürfen.

- Energie sparen auf allen Ebenen mit allen Mitteln
- Bekannte alternative Energiequellen forciert nutzen und weiterentwickeln
- Die Forschung für neue regenerative Energiequellen energisch betreiben

Eine derartige Entwicklung gilt es gegen die Widerstände der auf Profit ausgerichteten etablierten Energiewirtschaft durchzusetzen. Außerdem ist die auf einen Kollaps zusteuernde bisherige Energiepolitik ein weiteres Indiz dafür, dass eine kapitalistische Wachstumswirtschaft von einer assoziativ gestalteten Kreislaufs – und Bedarfswirtschaft abgelöst werden muss.

Zusammenfassung:

- Die bisher verfügbaren Energiereserven gehen zu Ende
- Die Zeitdauer ist von den Faktoren Wirtschaftswachstum, Verbrauch und Bevölkerungszahl abhängig
- Die Energie, ihre Gestaltung und Entwicklung bestimmen das Schicksal des Menschen
- Die Erkenntnis ist allgegenwärtig, dass eine Energiewende unverzichtbar ist. Die Atomenergie ist in ihrer gegenwärtigen Form nicht akzeptabel. Veränderungen müssen gegen den Widerstand der bestehenden Energielobby durchgesetzt werden.

Ökologie

Erst seit einigen Jahrzehnten befasst sich der Mensch intensiv mit den Auswirkungen seiner eigenen Tätigkeiten auf seine natürliche Umwelt. Dabei wird immer deutlicher, dass diese Auswirkungen viel gravierender sind, als anfänglich angenommen wurde. **Frühe Warnungen** und Hinweise von Gruppierungen und Institutionen wie dem **Club of Rome** oder **den Grünen** wurden lange ignoriert, bis die wissenschaftlichen Daten und Erkenntnisse gleich einem Menetekel an der Wand erschienen. Heute kann niemand sich auf den Standpunkt stellen, die Zusammenhänge menschlichen Tuns und seiner ökologischen Folgen würden sich seiner Kenntnis entziehen.

Dabei ist unbestritten, dass es noch immer genügend Bereiche gibt, wo wir erst am Anfang unserer Erkenntnis stehen, wie weit die ökologisch schädlichen Auswirkungen unseres Verhaltens reichen. Unverantwortlich ist aber unser Verhalten dort, wo die Erkenntnisse soweit gesichert sind, dass das Bedrohliche unseres Tuns und Lassens unverkennbar ist und wir trotzdem zu einer Korrektur nicht bereit sind. Die Ausrede von den sogenannten Sachzwängen und die Erfüllung vieler unserer Wünsche dürfen nicht länger unser Fehlverhalten legitimieren, denn wenn es eine **Sünde** gibt, dann ist es die wider die **Erkenntnis**.

Wenn wir also die ökologische Bedrohung ernst nehmen, dann müssen wir unverzüglich damit beginnen, unser erkanntes **Fehlverhalten** auf allen Ebenen **systematisch** zu reduzieren. Das bedeutet **schmerzliche Eingriffe in unseren** derzeitigen exzessiven **Lebensstil**, vor allem der Industrienationen, die ja auch in besonderem Maße das ökologische Gleichgewicht gefährden. Jedes Produkt, jede Produktionsmethode, jede Dienstleistung ist nach strengen ökologischen Kriterien neu zu beurteilen und sehr vieles davon wird mit einer roten Karte bedacht werden müssen. Diese Vorstellung mag viele erschrecken, aber wer wirklich Mitverantwortung für kommende Generationen übernehmen will, der wird endlich begreifen, dass weniger materieller Wohlstand mehr Qualität bedeuten kann und dass wir den philosophischen Gedanken des „Mehr Sein als Haben“ in unsere Wirklichkeit hereinholen müssen.

Außer für die **künftigen Menschengenerationen** sind wir auch **verantwortlich** für den **Gesamtorganismus Erde** mit allen seinen Geschöpfen. Die rücksichtslose und egoistische Ausbeutung aller für ein organisches Leben unverzichtbaren Ressourcen muss gestoppt werden. Den Verantwortungsträgern in unserer Gesellschaft kommt dabei die besondere Aufgabe zu, den Menschen immer wieder deutlich zu machen, dass **diese Erde** mit ihren natürlichen Ressourcen „**endlich**“ ist und deshalb Gesetze zur Anwendung kommen müssen, die den Bestand der Schöpfung gewährleisten.

Egoistisch motivierter Individualismus muss im Interesse der Gemeinschaft gezügelt werden. Das hat nichts zu tun mit asketischer Lebensweise, mit steinzeitlicher Lebensart, aber es hat viel zu tun mit einem **menschlichen Maß** und mit Verantwortung.

Natürlich muss **ökologisches Verhalten weltweit** eingefordert werden, denn die heute schon erkennbaren Schäden sind grenzübergreifend. Aber die **Reichen und Wissenden** dieser Erde sind in besonderem Maße gefordert, eine Vorbildfunktion auszuüben, nicht zuletzt deshalb, weil ihr bisheriges Verhalten ohne jeden Zweifel das Ökosystem Erde in größte Gefahr

gebracht hat und weiter bringt. In den USA, dem größten und reichsten Umweltverschmutzer unseres Planeten, sind zwei bemerkenswerte Publikationen erschienen, die das Ausmaß der ökologischen Gefährdung **als Folge einer rücksichtslosen kapitalistischen Wirtschaftsweise** in aller Deutlichkeit darlegen:

Global 2000 – Der Bericht an den Präsidenten und Wege zum Gleichgewicht – von Al Gore, derzeit USA-Vizepräsident (und vielleicht der nächste Präsident)-

Aus letzterem Buch ein bemerkenswerter Satz (Seite 185): „Wir treffen jeden Tag Millionen von wirtschaftlichen Entscheidungen, und die Folgen bringen uns unaufhaltsam an den Rand der ökologischen Katastrophe“. Bedarf es einer noch weitergehenden Erkenntnis? Nun ist also die Politik gefordert, wenn Wirtschaft und Gesellschaft nicht selbst die Konsequenzen ziehen.

Zusammenfassung:

- Frühe Erkenntnisse und Hinweise auf Fehlentwicklungen liegen vor
- Unverantwortlich ist das Handeln, die Sünde wider die Erkenntnis
- Fehlverhalten muss unverzüglich und systematisch korrigiert werden
- Schmerzliche Eingriffe in unseren Lebensstil sind notwendig
- Wir sind verantwortlich für kommende Generationen und die gesamte Schöpfung
- Die Erde mit ihren natürlichen Ressourcen ist „endlich“
- Ökologisches Verhalten muss weltweit eingefordert werden
- Vorbildfunktion der Reichen und Wissenden
- Die Politik ist gefordert, die verantwortungslos handelnde Wirtschaft und Teile der Gesellschaft zu zügeln

Eigentum an Grund und Boden, sowie an Produktionsmitteln

Mit der Behandlung dieser Thematik kommen wir zu den zentralen Erkenntnissen und Aussagen unserer Überlegungen, auf welcher Basis eine soziale und zukunftsorientierte Lebensgestaltung allein ermöglicht werden kann. Die Grundaussage lautet: **Privates oder staatliches Eigentum an Grund und Boden sowie an Produktionsmitteln darf es nicht geben.** Diese schwerwiegende Aussage ist für jedes kapitalistisch ausgerichtete Gesellschafts- und Wirtschaftssystem - egal, ob privat- oder staatskapitalistisch – ein Schock, weil es ganz eindeutig die seit Jahrhunderten verankerten Machtstrukturen in Frage stellt. Aber genau das ist eine elementare Voraussetzung für eine nachhaltige soziale Lebensgestaltung: die **Machtausübung durch materielles Eigentum in vielfältiger Form muss aus Wirtschaft und Gesellschaft herausgenommen werden.** Löst man sich aus dem durch Gewohnheit und Tradition gebildeten Denkprozess, dann stößt man schnell auf einige sehr plausible Begründungen, warum es dieses private Eigentumsrecht an Grund und Boden, sowie an Produktionsmitteln nicht geben darf.

Grund und Boden

Dieser Planet Erde ist für **alle Menschen** ein Geschenk der Schöpfung und seine **Endlichkeit** bezüglich seiner materiellen Substanz eine unumstößliche Tatsache. Damit wird deutlich,

dass keine Einzelner und keine Gruppe in **egoistischer Weise** an Teile dieses Planeten für sich allein Ansprüche stellen kann. Wenn dies immer wieder in der Vergangenheit durch Ausübung von Gewalt in vielerlei Formen (militärisch, räuberisch, Geldmacht) so geschehen ist, dann beweisen die vielfältigen sozialen Fehlentwicklungen auf dieser Erde nur die verhängnisvolle Richtigkeit dieser Aussage.

Das **heutige Eigentumsrecht** an Grund und Boden **hat sich erst im Laufe der Menschheitsgeschichte** zu seiner bestehenden Form **entwickelt** und basiert lediglich auf einer von Menschen entwickelten Rechtsauffassung, die nicht immer und überall (man erinnere sich z.B. an die Allmende) so bestanden hat und auch heute nicht unumstritten ist. Auch unser **Grundgesetz, Art. 15, lässt Änderungen** dieser bestehenden Rechtsposition **offen**. Der weltweit geübte Missbrauch im Rahmen der bestehenden Eigentumsordnung macht daher eine Änderung zugunsten eines gemeinschaftlichen Eigentums an der Erde immer dringlicher. Gerade auch die Spekulation mit Grund und Boden ist im höchsten Maße unsozial und widerspricht eklatant der Auffassung, dass die Nutzung und Bearbeitung dieser Erde allen Menschen ermöglicht werden muss. So steht sogar in verschiedenen unserer Länderverfassungen der Satz: Steigerungen des Bodenwertes, die ohne besonderen Arbeits- oder Kapitalaufwand des Eigentümers entstehen, sind für die Allgemeinheit nutzbar zu machen.

Die politische und militärische Praxis, machtbesessener Menschengruppen hat weltweit dazu geführt, dass **willkürliche Staatsgrenzen** auf unserem Planeten errichtet wurden, die dazu führten, dass wir heute **arme und reiche Nationen** haben, die sich gegenseitig ihre natürlichen Bodenschätze und Lebensgrundlagen streitig machen. Dabei ist der Schöpfungsplan von der Idee durchdrungen, dass es zwar durchaus unterschiedliche Qualitäten von Grund und Boden gibt, dies aber die Menschengemeinschaft verpflichtet, in einen fairen und sozial motivierten Handel und Tausch untereinander mit den vielfältigen Gütern dieser Erde einzutreten, ohne Ausübung von Macht und Gewalt. Wenn wir den Planet Erde als **Besitz der ganzen Menschheit betrachten** – und dies ist wohl allgemeine Erkenntnis – dann kann es kein privates, dauerhaftes Eigentumsrecht an Grund und Boden geben, wohl aber ein **befristetes** und an Bedingungen gebundenes **Nutzungsrecht**, das aber nicht vererbbar und nicht veräußerbar ist. Bedingungen für Nutzungsrechte haben stets auch das **Gemeinwohl** im Auge und bedürfen einer zeitlichen Begrenzung, um bei Missbrauch Veränderungen vornehmen zu können. Eine der wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft ist zukünftig eine sorgfältige und an den Bedürfnissen der Allgemeinheit orientierte Organisation dieser Nutzungsrechte, frei von privater Machtausübung und offen für alle sinnvollen Aktivitäten sozial tätiger Menschen.

Produktionsmittel

Eine ähnliche Situation finden wir bei den Produktionsmitteln vor. Ausgehend von der Forderung, dass Wirtschaft eine dienende Funktion zu erfüllen hat und die Bedarfsdeckung ihr wesentliches Ziel ist, führt die Gedankenlogik eindeutig zu der Einsicht, dass das heute bestehende Eigentumsrecht an den Produktionsmitteln keinesfalls eine Garantie ist für die wirtschaftliche Produktivität und nachhaltige volkswirtschaftliche Prosperität. Entscheidend ist stets die Qualifikation **der Unternehmerpersönlichkeit oder Personengruppe, sowie der Mitarbeiter**. Im Zeitalter der Aktiengesellschaften und Fusionen wird es besonders deutlich:

Wer hat je nach Führungsqualität und Tüchtigkeit der Aktienbesitzer (= Eigentümer der Produktionsmittel) gefragt, wenn ein Unternehmen floriert oder in Schwierigkeiten gerät?! Diese Frage stellt sich auch immer öfter im Hinblick auf die Unternehmerqualifikation von persönlichen oder Familienbesitzern an Produktionsmitteln, die doch ohne tüchtige Mitarbeiter auf allen anderen Ebenen nur geringen oder keinen Erfolg erzielen würden. Solange ein Unternehmer sich nur als Gewinnerzieler sieht, ist er Kapitalist. Es ist also offensichtlich, dass nicht das private Eigentumsrecht an den Produktionsmitteln für wirtschaftlichen Erfolg maßgebend ist, sondern die Führungsqualität von Unternehmern (Managern) und die Tüchtigkeit von allen Mitarbeitern. Somit wird die Eigentumsfrage zu einem Problem demokratischen Rechtsempfindens und zur Frage des menschlichen Zusammenlebens überhaupt.

Das bestehende Eigentumsrecht ist auch die Ursache der **Lohnarbeit und der Unauflösbarkeit der Gegnerschaft von Eigentümern und Arbeitsleistern, von Kapital und Arbeit**. Daran ändern auch alle Versuche einer Mitbestimmung und Mitbeteiligung nichts, denn das Eigentum sieht sich stets in der Rolle des Stärkeren, des Bestimmenden, während die Arbeitsleister, die ihre Arbeitskraft als Ware anbieten müssen, um jeden Anteil an der Produktivität persönlich oder mit Hilfe ihrer Organisation kämpfen müssen. Die Macht des Eigentums wirkt auch immer stärker in alle Bereiche von Politik und Gesellschaft hinein und fühlt sich letzterer nicht verantwortlich, nach der Devise: Alle Verluste als Folge dieser Eigentumsordnung, die auf Macht gründet, gehen zu Lasten der Allgemeinheit.

Noch ein Gedanke spricht gegen die Aufrechterhaltung der bestehenden Eigentumsordnung: Kollektiv genutzte **Produktionsmittel sind durch die Wertschöpfung aller Mitarbeiter entstanden**, weshalb sich eine Vererbung oder Veräußerung durch den privaten Besitzer grundsätzlich verbietet. Erben haben keinen Anteil zur Wertschöpfung beigetragen und der private Besitzer kann nur auf Grund seiner Machtposition einen Verkauf zu seinen alleinigen Gunsten durchführen, selbst dann, wenn er keinen Arbeitsanteil erbracht hat und eben nur Eigentümer (Aktionär) war. **Die Beibehaltung dieser Strukturen** mag Tradition haben, aber sie führt **mehr und mehr zu Machtmissbrauch**, gewährt Unfähigen und am Wirtschaftsgeschehen Unbeteiligten sichere Pfründe, während die wirklich Tätigen und Fähigen alle Lasten zu tragen haben und ihre Rolle als abhängige (unfreie) Lohnempfänger weiter spielen müssen.

In diesem Zusammenhang ist auch von besonderer Bedeutung, dass Ergebnisse von Forschung und Technik stets in das Eigentum der Allgemeinheit übergehen. Dies ist schon dadurch gerechtfertigt, weil jeder Forscher ohne die jeweiligen Vorleistungen früherer Generationen in den seltensten Fällen zu den jeweiligen neuesten Erkenntnissen gelangen kann.

Zu dieser fragwürdigen Eigentumsordnung **gibt es eine heilsame Alternative: Der Besitz an Produktionsmitteln wird neutralisiert und Eigentumsrechte werden nur befristet als Nutzungsrecht verliehen**. Das bedeutet, dass nur Menschen das Eigentum für die Dauer ihrer Nutzung „besitzen“, die selbst damit tätig sind, angefangen von jedem Mitarbeiter bis zum Unternehmer als dem fähigen Leiter, **wobei jeder in angemessener Weise** und durchaus nicht gleichmacherisch **an den Verkaufserlösen der Produkte partizipiert**, ohne dass allerdings ein Einzelner mit den alleinigen Machtbefugnissen ausgestattet ist, die Produktionsmittel zu veräußern, zu vererben oder stillzulegen. **Eine auf das Gemeinwohl**

bedachte Volkswirtschaft ist in Branchen organisiert (siehe Kapitel Wirtschaft), die eine sinnvolle Übertragung des Eigentums zusammen mit den Beschäftigten regeln, wenn diese nicht selbst einen neuen „Unternehmer“ (nicht persönlichen Eigentümer!) finden können. Von besonderer Wichtigkeit ist hier der Unterschied zwischen einer echten unternehmerisch denkenden und handelnden Persönlichkeit – ohne private Eigentumsansprüche – und dem heutigen persönlichen Eigentümer mit persönlichen Machtbefugnissen, die er auch ausüben kann, wenn er nicht für das Unternehmen tätig ist oder keine unternehmerischen Fähigkeiten besitzt.

Das neutralisierte, befristete Eigentum überwindet die beiden kapitalistischen Systeme, den Privatkapitalismus ebenso, wie den Staatskapitalismus in der Prägung der östlichen Planwirtschaft. Beiden Systemen ist der Wunsch und die Möglichkeit nach Machtausübung innewohnend, bei gleichzeitiger Missachtung und Gefährdung gesellschaftlichen Wohlstandes. Genau diese Entwicklung gilt es zu verändern, ohne die positiven Kräfte wirklichen Unternehmertums zu unterdrücken.

Zusammenfassung:

- Privates Eigentum an Grund und Boden darf es nicht geben
- Machtausübung durch materielles Eigentum muss aus Wirtschaft und Gesellschaft eliminiert werden
- Der Planet Erde ist endlich und für alle Menschen da
- Die bestehenden Eigentumsformen sind kein Naturgesetz, sondern basieren auf historischen, sich wandelnden Rechtsauffassungen
- Unser Grundgesetz lässt Änderungen offen
- Spekulation mit Grund und Boden ist unsozial
- Willkürliche Staatsgrenzen haben arme und reiche Nationen entstehen lassen
- Wenn wir Gerechtigkeit wollen, kann es deshalb nur ein Nutzungsrecht an Grund und Boden geben, unter der Berücksichtigung des Gemeinwohls
- Die gleichen Bedingungen müssen für die Produktionsmittel gelten
- Wichtig sind nur unternehmerische Fähigkeiten und die Qualifikation der Mitarbeiter, nicht Eigentumsrechte
- Produktionsmittel sind das Ergebnis einer gemeinsam erarbeiteten Wertschöpfung, über die nicht von privaten und oft unbeteiligten Eigentümern (Erben) verfügt werden darf
- Strukturen, die Machtmissbrauch durch Eigentumsrechte ermöglichen und Mitarbeiter zu abhängigen Lohnarbeitern degradieren, sind zu ändern
- Die Alternative ist ein neutralisiertes, befristetes Eigentumsrecht, das eine Nutzung auf Zeit gewährleistet für Fähige und Tätige
- Alle mit Produktionsmitteln Beschäftigte partizipieren gleichberechtigt und angemessen an den Verkaufserlösen der Produkte
- Eine auf das Gemeinwohl bedachte Volkswirtschaft basiert auf einer Branchenorganisation, die die Vergabe von befristeten Eigentumsrechten an Befähigte begleitet
- Überwindung der privat- und staatskapitalistischen Machtstrukturen bei gleichzeitiger Förderung der unternehmerischen Kräfte

Die Aufgaben des Staates

Eine soziale und mit Verantwortungsbewusstsein gestaltete Gesellschaft muss eine freie Gesellschaft sein. Das bedeutet, dass neben der Wirtschaft auch **der Staat** sich auf seine ursprünglichen Aufgaben beschränkt und auf **reine Machtausübung verzichtet**. In dem Organismus Gesellschaft haben die Organe Wirtschaft, Kultur und Staat einander in Freiheit, aber immer mit Blick auf das Ganze zu dienen.

So muss der **Staat Rechtsorgan** der Gesellschaft sein. Er regelt durch Gesetze und Vorgabe von Rahmenbedingungen das Zusammenwirken aller gesellschaftlichen Bereiche, wobei allerdings die sonst selbständigen und selbstverwalteten Organe Kultur und Wirtschaft stets mit ihren Vertretern mitwirken zum Wohle des Ganzen.

Darüber hinaus obliegt dem Staat neben der Gesetzgebung die **Außenpolitik**.

Die **Staatsform** muss **demokratisch** sein. Für die Gestaltung dieser Demokratie kann das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ein Vorbild sein, sofern die dort vorgegebenen Ideen und Gesetze ihrem Geist nach in die Wirklichkeit umgesetzt werden. Von besonderer Bedeutung sind hierzu die Artikel 20 und 21, wo es u.a. heißt: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen **und Abstimmungen**... ausgeübt.“ Und weiter: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung **mit**.“

Damit sind schon die neuralgischen Punkte unserer bestehenden Demokratie angesprochen: Das Volk soll nicht nur „wählen“ sondern auch „abstimmen“, womit eindeutig auf eine plebiszitäre Mitwirkung der Bürger bei der Gesetzgebung hingewiesen ist. Das gleiche gilt hinsichtlich der Parteien, die nur „mitwirken“ sollen, aber nicht allein die Gesetze beschließen können.

In einer dem Gesamtwohl der Gesellschaft verpflichteten Demokratie muss verhindert werden, dass irgendwelche **gesellschaftlichen Gruppen** ein egoistisch motiviertes Eigenleben führen oder gar den **Staat beherrschen** wollen. Diese Gefahr nimmt in unserer Demokratie immer mehr zu, wobei vor allem die Wirtschaft nichts unversucht lässt, den Staat unter Druck zu setzen, um ihrer Interessen willen. Umgekehrt behandelt unsere noch sehr unvollkommene Demokratie gerade den Kulturbereich besonders stiefmütterlich, als Folge der Dominanz der Wirtschaftsinteressen. Dieser gravierende Mangel macht besonders deutlich, dass der Staat seine Souveränität nur bewahren kann, **wenn alle Organe der Gesellschaft in Verantwortung für das Ganze bei einer entsprechenden Gesetzgebung mitwirken**. So ist es auch eine besonders wichtige Aufgabe in einer funktionierenden Demokratie, Staat, Wirtschaft und Kultur durch eine entsprechende Organisation in einem ständigen Dialog zu halten und Egoismen durch eine kluge Gesetzgebung zu kanalisieren, ohne die freiheitliche Entwicklung der einzelnen Bereiche in ihrer Substanz zu gefährden.

Es muss die wichtigste Aufgabe des Staates sein, alle Gruppen der Gesellschaft immer wieder an ihre Gesamtverantwortung für das Wohl der Allgemeinheit zu erinnern und durch Gesetze den Weg zu weisen.

Zusammenfassung:

- Der Staat verzichtet auf Machtausübung
- Der Staat ist Rechtsorgan
- Dem Staat obliegt die Außenpolitik
- Der Staat muss demokratisch sein, Parteien und Volk wirken bei der politischen Willensbildung mit
- Egoistische Einflussnahme durch Gruppen muss verhindert werden
- Die Organe Staat, Wirtschaft und Kultur gestalten gemeinsam die Gesetzgebung
- Die Gruppen der Gesellschaft tragen eine Gesamtverantwortung

Das soziale Netz

Der **Kapitalismus** war in seinen Anfängen in aller Öffentlichkeit **unsozial und** gegenüber der Gesellschaft **verantwortungslos**. Aufkeimende Gewissensregungen wurden durch eine Almosenmentalität und Mäzenatentum kompensiert. Veränderungen zum Besseren mussten von den Benachteiligten hart erkämpft werden, bis letztendlich auch eine staatliche Gesetzgebung wenigstens zu einer teilweisen Entschärfung der Gegensätze von Kapital und Arbeit beigetragen hat.

Die Markenzeichen des heutigen **modernen Kapitalismus ist die „Marktwirtschaft“**, die sich ab der Mitte dieses Jahrhunderts **mit dem Beiwort „sozial“** schmückte, nicht zuletzt unter dem Eindruck jüngst vergangener Katastrophen. Diese soziale Komponente in vielen westlichen Ländern gab dem Kapitalismus vorübergehend so etwas wie ein menschliches Antlitz und bewirkte gleichzeitig für breite Schichten der Bevölkerung einen zunehmenden Wohlstand und soziale Sicherheit. Ein nur auf Wachstum und Gewinn fixiertes Wirtschaftssystem musste aber zwangsläufig im Gefolge eines **unbarmherzigen Verdrängungswettbewerbs** schnell an **die Grenzen** seiner **sozialen Regungen** stoßen, zumal der Kapitalismus in den meisten Ländern dieser Erde seine Brutalität und Unmenschlichkeit nie abgelegt hat.

Bei dieser Entwicklung musste **der Staat** die Aufgabe übernehmen, durch Vorgabe von Rahmenbedingungen und Gesetzen **soziale Errungenschaften zu sichern** und für die Bevölkerung insgesamt ein **soziales Netz zu gewährleisten**. Dazu besteht eine dringende Notwendigkeit, wenn man sich vergegenwärtigt, dass z.B. von den Einwohnern der Bundesrepublik rund 60 % keiner sogenannten erwerbsmäßigen Beschäftigung nachgehen. Das sind Kinder, Jugendliche, Lernende und Lehrende, Kunstschaffende, Mütter, Kranke, Alte, die von der Wirtschaft als dem produktiven Teil der Gesellschaft gewissermaßen „alimentiert“ werden müssen, eben ein soziales Netz benötigen.

In einer auf **das Gemeinwohl** bedachten Gesellschaft müsste es nun das eigentliche **Ziel der Wirtschaftstätigkeit** sein, durch ihre Arbeitsleistung die Mittel für all diese sozialen Aufgaben bereitzustellen. In erster Linie muss sich die Wirtschaft mit all den in ihr tätigen Menschen für eine ausreichende und gerechte Verteilung verantwortlich fühlen, während der Staat lediglich die von allen gesellschaftlichen Bereichen als notwendig ermittelten Verteilungskriterien durch gesetzlich verankerte Rahmenbedingungen festlegt. Es widerspricht der Vorstellung von einer Gesellschaft als Gesamtorganismus, wenn ein Teilorgan ständig bestrebt ist, nur seinen eigenen Funktionsvorteil zu sehen. **Die Wirtschaft**

muss begreifen, dass das Spannen des sozialen Netzes ihre Hauptaufgabe ist, ja dass sie selbst **nur zusammen mit einem stabilen Netz langfristig ihre Funktion ausüben kann**. Damit wird in letzter Konsequenz erneut die dienende Rolle der Wirtschaft angemahnt, die dem Gesamtorganismus hilft, eine humane, zukunftsorientierte Gesellschaft zu entwickeln.

Bei dieser Betrachtungsweise wird auch deutlich, wie **absurd die heutige Sprachregelung** ist, wenn im Wirtschaftsbereich sehr abwertend **von sozialen Lohnnebenkosten** die Rede ist, denn das Wort „sozial“ bedeutet nichts anderes als „die Gesellschaft betreffend“ und nur um der ganzen Wirtschaft willen wird Wirtschaft veranstaltet (soll werden). Und wer das Wohl der Gesellschaft durch sein Verhalten in Frage stellt, der handelt eben unsozial und muss in seine Schranken gewiesen werden. Die unheilvolle Vormachtstellung der Wirtschaft gegenüber Staat und Kultur ist somit das hauptsächliche Hemmnis für eine wirklich soziale und verantwortungsbewusste Lebensgestaltung.

Zusammenfassung:

- Der Kapitalismus ist im Kern unsozial und verantwortungslos
- Der moderne Kapitalismus schmückt sich mit dem Beiwort „soziale Marktwirtschaft“
- Der unbarmherzige Verdrängungswettbewerb erzwingt den Verzicht auf Soziales
- Der Staat muss anstelle der Wirtschaft das soziale Netz sichern
- Ziel aller Wirtschaftstätigkeit müsste die Sicherung des gemeinschaftlichen Wohlstandes sein
- Ein stabiles soziales Netz ist auch Voraussetzung für eine funktionierende Wirtschaft
- Der unzeitgemäße Begriff der sozialen Lohnnebenkosten
- Die Vormachtstellung der Wirtschaft verhindert eine soziale Lebensgestaltung

Die Natur des Menschen

Die meisten Menschen auf dieser Erde vertreten wohl die Ansicht, dass Veränderungen in unserem gesellschaftlichen Zusammenleben dringend geboten wären, und Wissenschaftler, Soziologen und Philosophen entwickeln seit Jahrtausenden Modelle, **wie die sozialen Verhältnisse aussehen müssten**. Gruppen von Menschen haben auch immer wieder versucht, solche Ideale miteinander zu leben, aber meist ohne dauerhaften Erfolg. Und so ist auch heute noch die gängige Meinung, dass ohne **den idealen Menschen**, den es **nicht gibt**, keine nachhaltigen Veränderungen zum Guten möglich sind.

Diese Gedanken sind jedoch nur zum Teil richtig. **Der Mensch ist** von Natur aus **nicht nur gut oder böse, er ist beides**. Unablässig ist er in seiner menschlichen Freiheit aufgefordert, sich mit seinen **sozialen und antisozialen Trieben** auseinanderzusetzen und **Entscheidungen** nach dieser oder jener Richtung zu treffen. Dies sollte man als eine unabänderliche Gewissheit festhalten.

Nun ist aber auch kaum zu bestreiten, dass sich die Menschheit in einem physischen und geistigen **Evolutionsprozess** befindet, in dem auch die sozialen Triebe eine Entwicklung, eine Stärkung erfahren haben. Wie sonst ist es zu erklären, weshalb z.B. die über Jahrtausende hinweg allgemein als soziale Gegebenheit erachtete Sklaverei oder die Leibeigenschaft heute geächtet ist? **Dieser Evolutionsprozess** ist sicher ein langwieriger und bedarf deshalb **einer in freier Willensentscheidung bewirkten Stärkung, Unterstützung und Richtunggebung**.

Dies geschieht in vielfältiger Weise, durch Erziehung, durch beispielhaftes Verhalten, durch Vorbildfunktion von Verantwortungsträgern und durch Verordnungen und Gesetze. In unserem Kulturkreis kommt auch der **christlichen Werteordnung** (ohne Missionsabsicht) eine große Bedeutung zu, wobei christlich und human dem Wesen nach identisch sind. Diese Grundeinstellung, dass es gilt, die sozialen Antriebe zu stärken und die antisozialen Kräfte zu zügeln, muss gesellschaftlich anerkannt werden und gewollt sein, denn ein **sozial verträgliches Zusammenwirken** der wesentlichen Bereiche von Staat, Wirtschaft und Kultur kann nur ermöglicht werden, **wenn verbindliche Regeln und Einrichtungen geschaffen werden**, die bewusst und in voller Absicht das egoistische Individuum, wie auch die Gruppe von ihrem antisozialen Verhalten abhalten. Dass ein menschliches Zusammenleben ohne Regeln undenkbar ist, beweisen ganz einfach die überall bestehenden und auch sich immer wieder wandelnden Gesetze aller Art.

Die in unserem Jahrhundert sich besonders intensiv entwickelnde Individualisierung ist einerseits eine positive Kraft, birgt aber die große Gefahr in sich, **dass Individualismus zum extremen Egoismus führt**. Im Gefolge einer solchen Fehlentwicklung treten dann eine Fülle von gesellschaftlichen Problemen auf, die wiederum die antisozialen Kräfte Einzelner wie auch von Gruppen stärken, wobei sie mehr und mehr eskalieren. Man denke nur an den Anstieg von Verbrechen durch erlittene Ungerechtigkeit, Armut, Perspektivlosigkeit und **wachsenden Materialismus als einer Geisteshaltung**, die durch Werbung aller Art und Einfluss der Medien eine beängstigende Richtung einschlägt. Alles in allem ist nicht zu übersehen, dass **Egoismus, Materialismus** und Verantwortungslosigkeit auf allen Ebenen unserer Gesellschaft **vor allem durch den Primat der Wirtschaft gefördert** werden, die in einer besonderen Weise die antisozialen Antriebe anspricht und geradezu herausfordert.

So wird es eine Schicksalsfrage sein, ob es uns Menschen gelingt, zum einen den Konsens herzustellen, was wir erreichen wollen, und zum anderen den Weg zu finden, um uns in unserer Unvollkommenheit vor uns selbst zu schützen. Denn: **Egoismus zu Ende gedacht führt zur Selbstzerstörung**. Also ist es unsere wichtigste Aufgabe, den antisozialen Teil unseres Wesens zurückzudrängen. Wir werden keine paradiesischen Zustände auf dieser Erde schaffen können, trotzdem müssen wir sie anstreben auf dem Weg des Unerreichbaren.

Zusammenfassung:

- Der menschliche Geist sucht schon immer nach Idealen
- Den idealen Menschen gibt es nicht, er ist gut und böse, sozial und antisozial zugleich
- Der Mensch befindet sich in einem langwierigen Evolutionsprozess
- Dieser Prozess kann durch gewollte Eingriffe in vielfältiger Weise begleitet und beeinflusst werden
- Die christliche Werteordnung ist dabei hilfreich
- Für ein soziales Zusammenleben sind Regeln und unterstützende Einrichtungen unverzichtbar
- Die an sich positive Individualisierung kann leicht zu extremem Egoismus führen
- Materialismus als Geisteshaltung mit negativen Folgen
- Förderung von Egoismus und Materialismus durch den Primat der Wirtschaft
- Egoismus zu Ende gedacht führt zur Selbstzerstörung

Blick auf die Globalisierung

Mit dem heute so viel gebrauchten Ausdruck „Globalisierung“ wird ein Vorgang ins Blickfeld gerückt, der an sich seit Menschengedenken vorstättenging. Im Unterschied zu dem begrenzten Warenaustausch von einst sind es heute die neue Dimension und die modernen Methoden des Handels zwischen den Völkern, die dem Geschehen eine so weltweite Bedeutung geben. Dazu kommt, dass sich **immer mehr Menschen** bewusst machen und auch direkt erleben, wie sehr **diese Globalisierung ihre unmittelbaren Lebensumstände beeinflusst**, von existentieller Bedrohung bis zu ungeahnten Begünstigungen.

Der **heutige Welthandel** bezieht seine Antriebe vornehmlich aus dem **Wunsch nach Beherrschung und Erweiterung der Märkte** in dem Maße, wie die eigenen regionalen Absatzgebiete Sättigungsgrenzen aufweisen und keine neue Kaufkraft entwickeln und somit anderswo neue Gewinnchancen erwartet werden. Dem inzwischen weltweit etablierten kapitalistischen Wirtschaftssystem mit allen finanziellen und politischen Verflechtungen und Möglichkeiten stehen dank technischer und kommunikativer Entwicklungen austauschbare Produktionsmethoden fast überall zur Verfügung. Wo noch vor kurzem Wirtschaftsräume durch Zölle eine Abschottung versuchten, wird heute durch das übermächtige Kapital und die monopolisierten Unternehmensstrukturen und -verschachtelungen jeglicher regionale Einfluss ausgeschaltet. Dies geschieht zunehmend auch innerhalb der wenigen noch miteinander konkurrierenden großräumigen Wirtschaftsblöcke (EU – USA/Kanada – Asien – Südamerika u.a.)

Die Politik wird weltweit zunehmend von den Wirtschaftsmächtigen unter Druck gesetzt und mit der Drohung **erpresst**, Produktionen zu verlagern und Kapital abzuziehen, wenn nicht den Vorstellungen der Investoren entsprochen wird. Der jüngst bekannt gewordene Entwurf eines Multilateralen Investitionsabkommens (Multilateral Agreement on Investment, kurz „MAI“), mit seinen Knebelungsparagrafen hat dies in erschreckender Weise deutlich gemacht. **Gesucht wird vom Kapital** die günstigste Voraussetzung zur Gewinnerzielung, also das „**billigste Land**“ mit den niedrigsten Sozialstandards, ohne ökologische Auflagen und mit einer Steuerpolitik, die die Unternehmen begünstigt. Parallel dazu ist weltweit längst jede bedeutsame Rohstoffbasis in Händen irgendwelcher Konzerne, die mit Unterstützung gekaufter und korrupter Regierungen **den natürlichen Reichtum** des jeweiligen Landes **rücksichtslos ausbeuten** und noch dazu die Entwicklung einer gesunden eigenständigen Volkswirtschaft verhindern. Die finanzielle Verschuldung dieser Länder ist ein Indiz für diese brutale Wirtschaftspolitik, die alte Landeskulturen und vor allem die landwirtschaftlichen Grundstrukturen zerstört. Wo bleibt da noch Raum für eine positive Beurteilung der Globalisierung?

Betrachtet man all diese Entwicklungen etwas näher, dann stellt sich die Frage, wie eine den Menschen dienende Globalisierung aussehen müsste. Wo immer möglich, muss die Landwirtschaft als Grundlage für eine Selbstversorgung innerhalb einer Volkswirtschaft auf ökologischer Basis entwickelt werden. Landwirtschaftliche Produkte aus unterschiedlichen Klimazonen sind dann durchaus austauschbar Handelsobjekte. – Rohstoffe aller Art sind darüber hinaus wohl die wichtigsten Handelsgüter, weil sie die Naturgrundlage für jede wirtschaftliche Entwicklung bilden. Dann ist es sicher auch sinnvoll, besonders aufwendige Industrieproduktionen nicht in vielen Ländern gleichzeitig aufzubauen (z.B. Schiffsbau,

Luftfahrt, Eisenbahn, Stahl), weil dies zu viel Kapital beansprucht, das regional viel sinnvoller eingesetzt werden kann.

Anstelle von industriellen Großprojekten ist dagegen das **Kleingewerbe und Handwerk** mit entsprechender Infrastruktur **zu entwickeln**, denn wo immer möglich, sollte regionale Selbstversorgung ermöglicht werden. Man denke nur an die ungeheuren ökologischen Belastungen durch weltweiten Transport und Verkehr. So ist es auch naheliegend, im Zeitalter der (immer noch) bestehenden Nationalstaaten über unmittelbare Landesgrenzen hinweg eine Wirtschaft der Regionen mit kurzen Wegen zu entwickeln. Darüber hinaus muss ein Ausgleich geschaffen werden zwischen Ländern mit reichen Bodenschätzen, aber geringen technischen und wissenschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten und Ländern mit hochentwickelten Technologien, ohne die dringend benötigten Bodenschätze. Auch die unterschiedlichen Klimazonen müssen in diesen Ausgleich mit einbezogen werden. Ein solcher Austausch von Naturgütern gegen geistige Fähigkeiten (Kapital) würde einer menschlich motivierten Globalisierung entsprechen.

- Eine global orientierte Wirtschaft muss auf Verdrängungswettbewerb verzichten und statt dessen nach folgenden Maximen handeln:
- Wo immer möglich, kleine Einheiten schaffen (small ist beautiful)
- Rohstoffe und Energie sparsamst einsetzen
- Kurze Wege zur Versorgung anstreben
- Statt schrankenlosem Konsum Beschränkung der Wünsche
- Qualität statt Quantität – möglichst keine Wegwerfprodukte
- Warenaustausch nur dort, wo keine Selbstversorgung möglich ist

Zusammenfassung:

- Globalisierung beeinflusst die Lebensumstände von immer mehr Menschen
- Antrieb ist heute Beherrschung und Erweiterung der Märkte
- Technischer und kommunikativer Fortschritt begünstigen die Entwicklung
- Die Politik wird von globalen Wirtschaftsmächten unter Druck gesetzt und erpresst
- Das Kapital sucht das „billigste“ Land
- Der natürliche Reichtum vieler Länder wird rücksichtslos ausgebeutet
- Eine den Menschen dienende Globalisierung fördert weltweit die Landwirtschaft zur Selbstversorgung
- Beschränkung des Welthandels auf die jeweils fehlenden Güter und Produkte bei Förderung regionaler Produktionsstätten mit Ausnahme kapitalintensiver Großtechnologien
- Entwicklung von Kleingewerbe und Handwerk
- Austausch von Naturgütern und geistiger Fähigkeit
- Die Maximen einer sinnvollen Globalisierung

Landwirtschaft

Seit Jahrzehnten wird **weltweit eine Landwirtschaftspolitik betrieben, die** unter dem Zwang des Verdrängungswettbewerbs zwischen den Bauern zu absurden, ja schizophrenen Erscheinungen führt. Überproduktion in allen westlichen Ländern, zunehmender Hunger in weiten Teilen der Erde, Flächenstilllegungen und Höfe-Sterben bei gleichzeitiger

Subventionierung der Großbetriebe (Agrarfabriken), die trotz fehlenden Bedarfs ihre Produktion rationalisieren und steigern müssen. Verfall der Erzeugerpreise, ohne dass der Verbraucher davon Nutzen hat, Qualitätsminderung der Produkte infolge chemischer Produktionsmethoden bei gleichzeitiger Verseuchung des Bodens. Drastischer Rückgang der in der Landwirtschaft Beschäftigten, die von den anderen Erwerbszweigen nicht mehr aufgenommen werden können. Betrachtet man z.B. die Brüsseler Agrarbestimmungen im Detail, dann wird erst so richtig deutlich, dass der Wahnsinn zur Methode geworden ist.

Für die Vision einer verantwortungsbewussten Lebensgestaltung ist eine solche Entwicklung nicht tragbar. **Die Natur, der Grund und Boden, die Landwirtschaft, sind das Fundament unseres menschlichen Lebens** und seine Erhaltung muss in jeder Gesellschaft höchste Priorität besitzen. Es gibt kein Nahrungsmittel und keinen Gebrauchsgegenstand unseres täglichen Lebens, die nicht auf die uns von der Schöpfung geschenkte Naturgrundlage zurückgehen und es gibt auch kein Wirtschaftsleben ohne diese Schätze der Natur. **Pflege und Erhaltung** sowie sorgfältige und verantwortungsvolle Nutzung dieses **Gutes sind also elementare Forderungen**, denen sich alle unsere Vorstellungen und Erwartungen unterordnen müssen.

Folgen wir dieser Prämisse, dann sind allerdings weitreichende, sehr **konkrete Handlungsschritte** angesagt:

Der ökologische Landbau in seiner ganzen Dimension (Artenvielfalt, Mischkulturen, Vorrang der Qualität, natürliche Düngung, tiergerechte Haltung, auskömmliche Produktpreise, Familienbetriebe wo immer möglich, enger Kontakt zwischen Produzent und Verbraucher, Direktverkauf u.a.m.) wird zur Grundlage der landwirtschaftlichen Tätigkeit. Wo immer möglich und notwendig, werden wieder viel mehr Menschen in der Landwirtschaft tätig sein, wobei in Fällen zwischen Landwirt und Verbrauchern Gemeinschaften gebildet werden, die auch Anbausorten und-mengen miteinander vereinbaren, bis hin zur tätigen Mithilfe bei Bedarf (die Freizeitgesellschaft macht es möglich).

Die Qualität der Produkte dient der Gesundheit des Menschen und erfordert einen **gerechten Preis**. Jeder Haushalt wird seinen Etat teilweise umschichten müssen, Möglichkeit dazu gibt es in den allermeisten Fällen, zumal bei allgemein betriebem ökologischem Landbau die Preisgestaltung sich günstig entwickelt. Der positive Nebeneffekt für die physische und psychische Gesundheit ist nicht zu gering einzuschätzen. Damit erübrigt sich eine staatliche **Subvention** der Bauern, für die ja am Ende auch jetzt schon der Steuerzahler, also der Verbraucher aufkommt. Auch liegt es nicht im Interesse der Gesellschaft und Bauern, dass diese irgendwann in naher Zukunft nur noch für die von allen gewollte Landschaftspflege subventioniert werden, während irgendwelche Agrarfabriken die Lebensmittel als Massenprodukt in miserabler Qualität produzieren.

Es muss daher **ein globaler Umdenkungsprozess** in Gang kommen, der veränderte Schwerpunkte setzt. Nur eine gesunde, zukunftsorientiert betriebene Landwirtschaft, welche die Natur mit ihren Lebensgrundlagen für Mensch und Tier pfleglich nutzt und erhält, kann die Basis abgeben für eine menschengemäße und nachhaltige Wirtschaftspolitik, die den Naturgesetzen des organischen Kreislaufes folgt. Es fehlt auch nicht an weltweiten Erkenntnissen, dass die Unterentwicklung vieler Länder dieser Erde auf die Vernachlässigung der landwirtschaftlichen Strukturen vor Ort zurückzuführen ist mit der Folge von Landflucht

und enormen sozialen Spannungen bis hin zu den daraus resultierenden kriegerischen Auseinandersetzungen.

Zusammenfassung:

- Die weltweite Landwirtschaft ist schizophren
- Natur und Landwirtschaft bilden das Fundament menschlichen Lebens
- Pflege und Erhaltung sind elementare Forderungen
- Die konkreten Handlungsschritte für eine Veränderung
- Gemeinschaftsbildung zwischen Landwirten und Konsumenten
- Qualität und gerechter Preis der Produkte machen Subventionen überflüssig
- Ein globaler Umdenkungsprozess muss in Gang kommen

Der Kulturbereich

Seit Menschen die Erde bevölkern, beschäftigt sich ihr Denken mit dem Sinn des Lebens. Philosophen, Theologen, Soziologen, Künstler und andere klugen Leute haben in Jahrtausenden versucht, dazu etwas Wahres, Verbindliches auszusagen. Dieser Versuch, der bis heute zu keinem Abschluss gekommen ist, hat die vielfältigen Kulturen der Menschheit initiiert, entwickelt, hat die geistige Evolution in Gang gehalten. Ist im letzten Endes wohl auch der eigentliche Sinn menschlichen Lebens. Alle früher angesprochenen Bedürfnisse und Wünsche der Menschen auf materieller Ebene sind somit nur Mittel zum Zwecke einer **kulturellen, geistigen und moralischen Fortentwicklung hin zu dem hohen Ziele**, das, vorsichtig und zurückhaltend ausgedrückt, visionär gipfelt in **Solidarität, Gewaltfreiheit und Liebe** unter den Menschen.

Um diesem Ziele näher zu kommen, ist es die wichtigste Aufgabe jeder menschlichen Gemeinschaft, alle Kräfte, alle Mittel, die nach Befriedigung der elementaren Grundbedürfnisse und der Sicherung des sozialen Netzes (siehe dort) zur Verfügung stehen, zur Förderung dieser kulturellen Entwicklung einzusetzen. Woher sonst sollte menschliches Leben seine Impulse beziehen, wozu sonst sollte dieses dienen?!

Ausgehend von dem Gedanken der Freiheit müssen in diesem Zusammenhang die Bereiche Erziehung, Bildung und Kunst in die freie Gestaltungsmöglichkeit der damit befassten Menschen übergehen. Das bedeutet konkret: **von staatlicher Bevormundung befreite Schulen, Bildungsstätten und Universitäten**, die untereinander in einem gewollten Leistungswettbewerb stehen und von den interessierten Menschen direkt mitfinanziert werden. Das schließt nicht aus, dass der Staat Rahmenbedingungen erlässt und gegebenenfalls Grundstrukturen vorgibt, die im allgemeinen Interesse liegen. Es muss uns mehr denn je bewusst werden, dass die Auswirkungen gerade dieser Einrichtungen zur menschlichen Schicksalsfrage werden, indem dort Denk- und Willensimpulse initiiert werden, die für alle Lebensbereiche wirksam werden. Was als vorherrschender Geist im Leben wirken soll, das muss durch Erziehung und Unterricht bei jungen Menschen angeregt werden, wobei mit Autorität vermittelte Bildungsinhalte ohne Schwerpunkt der reinen Wissensvermittlung Vorrang haben müssen.

In unserem modernen Leben tritt nun eine Erscheinung immer stärker in den Vordergrund, deren „Bewältigung“ ganz wesentlich von den Geisteskräften abhängig ist, die durch

Erziehung und Bildung im weitesten Sinne geformt wurden. Es handelt sich um die ständig **zunehmende „Freizeit“**, die einerseits für viele eine erfreuliche Tatsache, eine neue Lebensqualität darstellt, andererseits für andere, z.B. Arbeitslose, zu einer bedrückenden Perspektivlosigkeit führt. Alle sozialwissenschaftlichen Untersuchungen kommen zu dem gleichen Ergebnis: **Das Gros der Menschen ist auf die Gestaltung dieser freien Zeit nicht vorbereitet.** Dies hat zur Folge, dass **eine gewinnorientierte Freizeitindustrie** ihre Chance wahrnehmen kann und Zerstreuung und Konsum in Fülle anbietet, die den Menschen nach den Zwängen des Arbeitslebens erneut Fesseln anlegen und den Weg zuschütten, der mit Phantasie und Eigeninitiative zu einem selbstbestimmten Tätig sein führen könnte. Eine besonders negative Bedeutung kommt hierbei den **Medien** zu, allen voran dem Fernsehen mit seiner Flut von Gewalt, Sex, seichter Serienunterhaltung und geistlos exhibitionistischen Talkshows, die oft nur als eine Unterbrechung von konsumfetischistischer Werbung dienen.

Auch hier wird ein weiteres Mal deutlich, dass in unserer Gesellschaft alle Aktivitäten, die nahezu schranken- und verantwortungslos der Gewinnerzielung dienen, sich gegen eine heilsame Entwicklung der menschlichen Gesellschaft richten. Natürlich lässt sich zu recht einwenden, dass jeder Mensch die Freiheit besitzt, sparsam und wählerisch fernzusehen, der geistlosen Regenbogenpresse eine Absage zu erteilen, dem Massentourismus sich zu entziehen und die sonstigen primitiven und im Übermaß angebotenen Zerstreuungen zu meiden. Aber dieser Einwand lässt eben gerade die Natur des Menschen (siehe dort) außer Acht, die nur allzu leicht den bequemen, anspruchslosen Weg beschreitet, bis hin zu antisozialem Verhalten, die aber ebenso bereit ist, sich ihrer positiven Kräfte zu bedienen, die eigene Persönlichkeit zu entwickeln, sich sozial und verantwortungsbewusst zu verhalten, wenn **die ganze Gesellschaft** einen solchen Weg beschreiten will und dementsprechend **das gesellschaftliche Umfeld gestaltet**, unterstützt durch eindeutig, vorgegebene kulturelle Rahmenbedingungen. Dazu gehört dann eben – und das kann man durchaus als eine Vision bezeichnen, – dass die Angebote einer Freizeitgesellschaft neu gewichtet werden, bis hin zu Einschränkungen auf den Gebieten, wo kulturell entwickelte Werte wie Moral, Sitte und Anstand durch egoistisch und materiell motivierte Aktivitäten ganz offensichtlich in Gefahr geraten.

Dazu gehört dann auch die **Förderung von Einrichtungen und Angeboten, die die positiven Kräfte der Menschennatur ansprechen.** All dies ist möglich, wenn es gesellschaftlich gewollt ist, ohne dass damit die Freiheit des Individuums selbst in Frage gestellt wird. Die Möglichkeiten einer kulturförderlichen und noch dazu ökologischen verantwortbaren Freizeitgestaltung sind außerordentlich vielfältig, wenn **die Phantasiekräfte des Menschen** und seine sozialen Antriebe angeregt und herausgefordert werden.

Ein veränderter, pfleglicher Umgang mit der Natur, die Wiederentdeckung der landwirtschaftlichen Tätigkeiten als Ausgleich, der sanfte Naturtourismus mit echtem Erholungswert anstelle zwanghaft ablaufender Fernreisen mit Stressfolgen, Langsamkeit und Bedächtigkeit bei jeder Art von Erholung und Zerstreuung, die heilsame Wirkung musischer und künstlerischer Tätigkeiten ohne Leistungszwang, die beglückende Entfaltung der eigenen schöpferischen Kräfte auf vielen unvermuteten Ebenen, das Erfolgserlebnis mit selbstgewählten Weiterbildungsaktivitäten und schließlich die Stärkung des Gemeinschaftsgefühls durch soziales Engagement und Kommunikation im nahen menschlichen Umfeld – das alles sind die Bereiche, in denen sich Kultur gestalten lässt und die neu gewonnene „Frei – Zeit“ zu einer sinnvoll genutzten Zeit wird.

Zusammenfassung:

- Entwicklung einer Kultur der Solidarität, Gewaltfreiheit und Liebe als Lebenssinn
- Die Bedeutung von Erziehung, Bildung und Kunst, befreit von staatlicher Bevormundung
- Die Bewältigung der neu gewonnenen „Freizeit“ als Schicksalsfrage
- Das Gros der Menschen ist darauf nicht vorbereitet
- Die neue Abhängigkeit von Freizeitindustrie und Medien
- Die ganze Gesellschaft muss ihr Umfeld neu gestalten wollen
- Förderung von Einrichtungen und Angeboten, die die sozialen Kräfte im Menschen motivieren
- Die Bereiche, in den die positiven Phantasiekräfte der Menschen tätig werden können

Die Realisierungsgrundlagen dieser visionären Ideen

Schon in den einleitenden Ausführungen dieser Schrift wird zum Ausdruck gebracht, dass alle hier vorgeschlagenen gesellschaftlichen Veränderungen auf den Möglichkeiten beruhen, die das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland eröffnet. Daneben dient auch die weltweit unterzeichnete Erklärung der Menschenrechte als Richtschnur für eine menschengemäße Gestaltung der Gesellschaftsstruktur.

Ohne Zweifel wird hierbei der Politik bei der Durchführung notwendiger Maßnahmen ein Großteil der Initiative und Verantwortung zuteil. Es wird aber auch deutlich werden, dass jeder Einzelne oder Gruppen von Menschen schon jetzt und ohne Tätig werden des Gesetzgebers einen enormen Gestaltungsspielraum haben und dass ihr Verhalten auf die politische Willensbildung ungeahnten Einfluss ausüben kann.

Nachfolgend werden alle behandelten Sachgebiete getrennt auf die verschiedenen Möglichkeiten untersucht, die angeregten Veränderungen zu realisieren, wobei als Voraussetzung dient, dass die visionären Erkenntnisse die Grundlage darstellen für jedwede Aktivität.

Es sei aber vorweg noch festgestellt, dass die bestehenden politischen und wirtschaftlichen Machtstrukturen allen Veränderungsversuchen massiven Widerstand leisten werden. Außerdem hat die Mentalität der Menschen einer Zweidrittelgesellschaft den Egoismus so kultiviert, dass gerade der Gedanke der Brüderlichkeit innerhalb einer Gesamtgesellschaft schwer zu verankern ist. Das schließt aber nicht aus, dass viele Individuen, Gruppen und Initiativen in zunehmendem Maße die bestehenden Missstände anprangern und durch praktisches Tun im Rahmen der jeweils beschränkten Möglichkeiten neue Maßstäbe setzen. Dabei wird immer deutlicher, dass die Ursachen gesellschaftlicher Fehlentwicklungen mehr und mehr in ihren Zusammenhängen erkannt werden und viele Lösungsvorschläge ebenfalls in Richtung unserer „visionären“ Vorstellungen gehen. Grundsätzlich stellt sich noch die Frage:

Was kann nun von wem, wie und in welcher Reihenfolge getan werden?

1. Persönliche Verhaltensveränderungen infolge eines Bewusstseinswandels. Protest gegen und Boykott von gängigen Verhaltensmustern, die der Aufrechterhaltung und Förderung der erkannten Missstände dienen.
2. Stärkung und Vernetzung aller gesellschaftlichen Kräfte und Initiativen, die den Kampf gegen die Fehlentwicklungen zum Ziele haben. Massive, öffentlich wirksame Kritik an den Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft, die sich – im Besitz der Macht – eigennützig gegen die gebotenen Veränderungen stellen.
3. Stärkung der politischen Kräfte (z.B. Parteien), die die größere Chance für heilende Veränderungen bieten (Wahlen), auch wenn deren Programme (noch) nicht voll befriedigen. Wandel braucht Zeit.
4. Denkbar, aber nicht sehr wahrscheinlich ist die Einsicht der „Mächtigen“ in unserer Gesellschaft. Der Eindruck ist aber vermutlich dennoch nicht falsch, dass sich Anzeichen dafür mehren.
5. Veränderungen können aber auch erst nach Leiden und Katastrophen eintreten bzw. erzwungen werden.
6. Der Ausbruch von Revolution ist ebenfalls nicht auszuschließen. An verschiedenen Punkten der Erde finden sie bereits statt und die Disposition der Menschen dazu ist sicherlich im Steigen begriffen.

Im letzten Kapitel „Beispiele aus der Praxis“ werden dann auch eine Reihe von Beispielen und Aktivitäten vorgestellt, die deutlich machen, dass Visionen Wirklichkeit werden können, wenn das Bewusstsein sich an der Wirklichkeit orientiert und die Willenskräfte stark genug sind, der Erkenntnis die Tat folgen zu lassen.

Wirtschaft

- Gesellschaftlichen Konsens herbeiführen über die dienende Funktion der Wirtschaft – breite Diskussion darüber bei jeder Gelegenheit.
- Es wird ein Wirtschaftsrat etabliert, in dem alle Bevölkerungsgruppen vertreten sind, die das Wirtschaftsgeschehen mitgestalten im Sinne einer globalen gesellschaftlichen Entwicklung. Diesem wird eine vorrangige Entscheidungsbefugnis bei wirtschaftlichen Angelegenheiten im Zusammenwirken mit dem Kulturrat (siehe dort) und dem Staat eingeräumt.
- Die öffentlich-rechtlichen Medien werden verstärkt eingeschaltet für eine Neuorientierung wirtschaftlicher Denkweise.
- Gewinnung starker Partner für diese Vision, wie Kirchen, ökologische Verbände, Landwirtschaft, Wissenschaftler, Autoren, Gewerkschaft, Erzieher.

- Jeder einzelne Verbraucher kann mit seinem Konsumverhalten wirtschaftliche Entscheidungen beeinflussen.
- Jeder einzelne Unternehmer kann in freier Entscheidung seine wirtschaftliche Aktivität nach gesamtgesellschaftlichen Kriterien ausrichten anstelle primärer Gewinnerzielung für sich selbst.
- Die Wirtschaftsverbände auf Arbeitgeberseite und die Gewerkschaften arbeiten verantwortungsbewusst und kooperativ zusammen auf gleichberechtigter Ebene – dies freiwillig oder durch gesetzliche Rahmenbedingungen des Staates.
- Wirtschaftliche Erträge werden – freiwillig oder durch gesetzte Rahmenbedingungen der Politik – Mitarbeitern und Gesellschaft zur Verfügung gestellt.
- Gesellschaft und Wirtschaft einigen sich – freiwillig oder durch gesetzte Rahmenbedingungen der Politik – auf eine Neubewertung des Bruttosozialproduktes, um die tatsächliche Entwicklung des nationalen Wohlstandes zu ermitteln.
- Die Sozialpflichtigkeit der Wirtschaft als Institution, wo sich Eigentum bildet, wird nachhaltig eingefordert und die Aufwendungen der von der Gesellschaft zur Verfügung gestellten Infrastruktur so weit wie möglich erfasst und öffentlich gemacht.
- Jedes Produkt wird von der Gesellschaft über den Wirtschaftsrat und unter Einbeziehung der Ergebnisse einer Technikfolgeabschätzung auf seine ethische Qualität überprüft. Nicht der Markt, sondern der Mensch und seine Zukunft stehen im Mittelpunkt. – Unabhängig davon kann jeder Einzelne schon heute auf Grund seiner persönlichen Erkenntnisse seine ethische Produktentscheidung treffen, frei von scheinbaren Konsumzwängen vielfältiger Art.
- Um die Ausübung wirtschaftlicher Macht und Drohung auszuschließen wird es unverzichtbar sein, dass vom Gesetzgeber Rahmenbedingungen vorgegeben werden, die ein kooperatives, assoziatives, vom Verdrängungswettbewerb befreites Wirtschaften erzwingen. Unabhängig davon kann jede Branche in freier Entscheidung unter Benutzung der vorhandenen Branchenstrukturen ein Kartell (der Vernunft) einrichten, dessen Verhalten und Vereinbarungen in voller Öffentlichkeit vor sich gehen.
- Wirtschaftswachstum wird nur noch angestrebt, wenn es im Sinne der neuen Bewertung des Bruttosozialproduktes nach strengen Kriterien einer echten Wohlstandsmehrung dient. Wirtschaftsrat und Kulturrat (Kulturbereich) erarbeiten zusammen mit dem Gesetzgeber kooperativ die Vorgaben für wirtschaftliche Aktivität und Wachstum. Unter Berücksichtigung ökologischer Gesichtspunkte wird eine Reduzierung der heutigen Produktionsmengen unverzichtbar sein um die Nachhaltigkeit eines allgemeinen Wohlstandes auch für künftige Generationen zu gewährleisten.

Arbeit

Grundsätzlich gilt: alles was mit dem Bereich Arbeit innerhalb des Wirtschaftsgeschehens zusammenhängt, soll in größtmöglicher Freiheit, aber im Rahmen der vom Gesetzgeber erlassenen Bestimmungen von den Partnern selbständig geregelt werden, zum Wohle der ganzen Gesellschaft.

- Die im Wirtschaftsleben wirksamen Kräfte Kapital und Arbeit handeln in eigener Verantwortlichkeit. Sie sind gleichberechtigt und werden für alle Folgen ihres Tuns und Lassens in die Pflicht genommen. Das bedeutet z.B. ganz konkret, um ein Beispiel der gegenwärtigen Situation aufzugreifen, dass für die Arbeitslosigkeit Kapitalbesitzer und Erwerbstätige gleichermaßen selbst verantwortlich sind und die Beseitigung dieses Missstandes selbst in die Hand nehmen müssen. Alle dafür notwendigen Maßnahmen können jederzeit freiwillig, gleichsam und zukunftsorientiert von den gleichberechtigten Partnern der Wirtschaft ergriffen werden, wie etwa die Arbeitszeitverkürzungen jeglicher Art, Einkommensregulierungen für Kapital und Arbeit, Produktionsveränderungen u.a.m. Der Gesetzgeber wird im gesamtgesellschaftlichen Interesse lediglich einige grundsätzliche Rahmenbedingungen vorgeben wie etwa Grundarbeitszeit, Überstundenverbot, soziale, ökologische und gesundheitliche Auflagen. Ist die Wirtschaft (heute vertreten durch Kapital und Gewerkschaften) nicht freiwillig bereit, auf Grund der gesellschaftlichen Notwendigkeiten auf Machtansprüche zu verzichten, dann ist der Gesetzgeber gefordert, im Sinne des Grundgesetzes Art. 14 u. 15 tätig zu werden (siehe auch Bereich Eigentum an Grund und Boden sowie Produktionsmittel), damit die Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit von Kapital und Arbeit hergestellt wird.
- Der Gesetzgeber hat die Aufgabe, der Gesellschaft durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit deutlich zu machen, dass alle wirtschaftliche Tätigkeit dienende Funktion hat, die wie alle anderen Tätigkeiten außerhalb der Wirtschaft im Gesamtinteresse der Gemeinschaft liegt.
- Die besondere Verantwortung aller in der Wirtschaft Tätigen liegt in der Tatsache, dass nur hier die elementare, produktive Wertschöpfung durch Bearbeitung des Grund und Bodens, durch Nutzung der irdischen Güter erfolgt und alle andere menschliche Tätigkeit nur dadurch ermöglicht wird (siehe auch „Kulturbereich“).
- Alle verantwortungsbewussten gesellschaftlichen Kräfte sind andererseits aufgefordert, der sogenannten unbezahlten Arbeit den ihr zukommenden Stellenwert zu geben.

Wettbewerb

Die Wirtschaftsverbände erarbeiten branchenbezogen und branchenübergreifend ein neues Kartellgesetz mit dem Ziel, den Krieg untereinander zu beenden. In aller Öffentlichkeit und im assoziativen Zusammenwirken mit allen relevanten Gesellschaftsgruppen werden Absprachen getroffen über

- Produktionsgüter- und Dienstleistungsbedürfnisse,
 - Produktions- und Dienstleistungsstandorte,
 - Produktionsmengen und Umfang der Dienstleistungen,
 - Qualitätsstandards,
 - Preisstandards,
 - Handel- und Verteilungsorganisationen,
 - technische und organisatorische Entwicklungsmöglichkeiten
 - und andere wichtige Bereiche.
- Durch die öffentlich rechtlichen Medien und auch von Seiten der Branchen wird gezielt und laufend über die aktuelle Situation berichtet und die Bedeutung des Leistungswettbewerbes anstelle des früheren Verdrängungswettbewerbes hervorgehoben.

Geld und Kapital

Im Folgenden wird sehr schnell deutlich werden, dass zur Realisierung der wesentlichen visionären Veränderungen auf diesem Sektor dem Gesetzgeber eine zentrale Bedeutung zukommt. Trotzdem wird im Kapitel „Praxisbeispiele“ der Beweis erbracht, dass auch ohne Gesetzgeber schon heute Wege beschritten werden können, die Geld und Kapital weitgehend entmachten und so der Gesellschaft dienstbar machen.

- Der Gesetzgeber beschließt, dass Banken reine Dienstleistungsinstitute sind, die regional arbeiten, zwischen Geldbesitzern und Geldnachfragern vermitteln und keine Gewinne erzielen dürfen. Kredite können nur von der Bundesbank gewährt werden, die alleine im Rahmen einer realen Wirtschaft zur Geldschöpfung oder Geldvernichtung berechtigt ist.
- Zins und Zinseszins werden abgeschafft und durch Verwaltungsgebühren der Bearbeitungsinstitute ersetzt.
- Der Handel mit Geldwährungen und Wertpapieren wird eingestellt. In einer assoziativ gestalteten Wirtschaft werden weder Aktien noch sonstige Wertpapiere benötigt. Diese dienen nur zur Machtausübung und zur Einkommenserhöhung ohne Arbeitsleistung.
- Die Steuergesetzgebung ist so zu gestalten, dass alle erwirtschafteten Erträge nach Abzug von benötigten Investitionsmitteln für das Unternehmen und angemessener Ertragsbeteiligung der Mitarbeiter für die Allgemeinheit zur Verfügung stehen, nach dem Motto: Wirtschaft hat nur eine dienende Funktion.

Technik und Rationalisierung

- Wirtschaftsrat und Kulturrat besetzen die Kommission für Technikfolgeabschätzung und entscheiden gemeinsam über Entwicklungen.

- Die gleiche Organisation, die auch branchenbezogen organisiert werden kann, befindet über Durchführung von Rationalisierungsmaßnahmen unter besonderer Beachtung der Auswirkungen auf gesamtgesellschaftliche Belange (Arbeitslosigkeit, Arbeitszeitverkürzung, veränderte Leistungsanforderungen an die Menschen, Bedarf, Ökologie).
- Durch vorgegebene Rahmenbedingungen des Gesetzgebers muss sichergestellt werden, dass Technik und Rationalisierung sich keinesfalls gegen den Menschen richten und entweder der restverstandenen Wohlstandsmehrung oder der Arbeitserleichterung dienen.
- Der Gesetzgeber sorgt für eine klare Gesetzgebung bezüglich der gesellschaftlichen Eigentumsrechte an geistigem Eigentum. Jegliche Ausübung von Macht durch geistiges Eigentum muss verhindert werden.

Energie

- Energie sparen auf allen Ebenen unseres täglichen Lebens ist eine Möglichkeit, die jeder Einzelne sofort und dauerhaft auch ohne gesetzliche Vorgaben realisieren kann. Voraussetzung ist dabei, dass wir ein Bewusstsein entwickeln und unsere Phantasiekräfte aktivieren, um die wirkungsvollsten Ansätze ausfindig zu machen. Eine große Zahl von Organisationen und Beratungsstellen bieten eine Fülle von Vorschlägen an, die jeder Einzelne aufgreifen kann, so dass hier darauf verzichtet werden soll, detaillierte Vorschläge von Realisierungsmöglichkeiten aufzulisten.
- Der Staat kann außerdem durch eine entsprechende Gesetzgebung wesentlich dazu beitragen, den Energieverbrauch zu drosseln und die Orientierung nach neuen Energieformen nachhaltig anzuregen. Dabei ist nicht nur an den Benzinpreis und Strompreis gedacht, sondern an eine Fülle anderer Maßnahmen der öffentlichen Hand, wie etwa die Gestaltung des Nah- und Fernverkehrs und der gesamten Infrastruktur. Auch auf dieser Ebene liegen von gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Organisationen durchdachte und praktikable Vorschläge in großer Zahl vor.
- Der Gesetzgeber hat darüber hinaus die Möglichkeit, im Rahmen seiner gesellschaftlichen Verantwortung, Forschung und Entwicklung auf dem Sektor neuer Energien auch gegen den Widerstand wirtschaftlicher Interessengruppen direkt zu initiieren und voranzutreiben.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass gerade auf dem so schicksalsträchtigen Sektor Energie bei einer entsprechenden Bewusstseinshaltung eine zukunftsorientierte Verhaltensweise sehr schnell und sehr nachhaltig in Gang gebracht werden kann.

Ökologie

- Jeder einzelne Mensch kann sofort und unmittelbar im Sinne ökologischer Notwendigkeiten sein Verhalten verändern. Beispielhaft dafür könnten sein: Konsumverzicht, Sparen von Energie und Wasser, Überprüfung der Essgewohnheiten, veränderte Urlaubsplanung, Widerstand gegen das Diktat der Mode und Werbung in allen Lebensbereichen, bewusste Gesundheitsvorsorge, Korrektur des Auto- und Geschwindigkeitswahns, veränderter Umgang mit der Natur. Für all diese Verhaltensänderungen bedarf es keines Gesetzgebers, sie können alle aus freier Entscheidung des Einzelnen erfolgen.
- Zur Unterstützung dieser Maßnahmen müssen auch gesetzliche Vorschriften in Kraft treten, vor allem dort, wo wirtschaftliche Interessen im Spiele sind. Auf dem Energiesektor muss die Wende von fossiler Energie hin zur erneuerbaren (Sonnen-) Energie politisch erzwungen werden. Das gleiche gilt für die Verkehrsplanung, wo dem Schienenverkehr gegenüber dem Straßenverkehr absolute Priorität eingeräumt werden muss. Konzepte dafür gibt es bereits zur Genüge.
- Im Zuge eines vereinigten Europa und der Globalisierung ist es vordringliche Aufgabe der Politik, eine internationale Harmonisierung ökologischer Standards gesetzlich festzuschreiben.
- Überall dort, wo die Wirtschaft ökologisch unverantwortlich handelt, müssen vom Gesetzgeber kompromisslose Beschränkungen erlassen werden. Erpressungsversuchen ist unter Mobilisierung der ganzen Gesellschaft Widerstand zu leisten, wobei es im Falle einer assoziativ gestalteten Wirtschaft schon im Ansatz zu keiner ökologisch bedingten Konfrontation kommen kann.

Eigentum an Grund und Boden sowie an Produktionsmitteln

- Grundgesetz, Art. 15 (Sozialisierung) lautet: Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder andere Formen der Gemeinwirtschaft übergeführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.
Diese „Kann-Bestimmung“ ist vom Gesetzgeber zu beschließen, um die heute geübte Machtausübung durch Eigentumsrechte an Grund und Boden und Produktionsmitteln zu beenden.
Unabhängig von einem solchen Beschluss des Gesetzgebers kann jeder Eigentümer freiwillig, aus Einsicht in die Notwendigkeit und aus sozialer Verpflichtung auf seine jetzigen Rechte verzichten, um die neue Form eines befristeten Nutzungsrechtes bei Produktionsmitteln und eines Gemeineigentums bei Grund und Boden zu ermöglichen. Dafür gibt es schon praktische Beispiele.
- Alle damit verbundenen, weitreichenden Veränderungen, besonders im Bereich der Wirtschaft haben zur Folge, dass Machtausübung und der Antagonismus von Kapital und Arbeit, sowie das extreme Gefälle von Arm und Reich aufgehoben werden.

Gleichzeitig ermöglicht eine assoziativ gestaltete Wirtschaft eine menschengemäße, nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft ohne Bevormundung durch den Staat und ohne Gleichmacherei, denn Leistungsunterschiede erzeugen durchaus gerechtfertigte, aber eng begrenzte Einkommensunterschiede.

- Grund und Boden sind einem Produktionsmittel insofern gleichzusetzen, als durch ihre Bearbeitung der Bedarf an Bodenerzeugnissen gedeckt, aber auch zusätzlich ein Ertrag (Gewinn) erwirtschaftet werden kann und muss. Im Gegensatz zu Produktionsmitteln sind jedoch Grund und Boden von Natur aus begrenzt und nicht vermehrbar, bleiben aber praktisch unbegrenzt produktiv (fruchtbar). Deshalb kann auch an Grund und Boden nur befristetes Nutzungseigentum erworben werden. Im Zuge einer assoziativen Wirtschaft macht es keine Schwierigkeiten, auf gesellschaftlicher bzw. genossenschaftlicher Basis regionale Vereinigungen zu schaffen, die unter Berücksichtigung bäuerlicher Landverbundenheit und städtischer Wohnungsstrukturen solche Nutzungsrechte vergeben. Auch hierzu fehlt es nicht an bereits praktizierten Modellen, die immer das eine Ziel verfolgen: Verhinderung von Macht und Spekulation mit Grund und Boden.

Die Aufgaben des Staates

- Um seiner Verpflichtung zur Demokratie nachzukommen, erlässt der Staat Ausführungsbestimmungen, die im Geiste des Grundgesetzes neben Parteien auch dem Volke durch plebiszitäre Elemente der Verfassung eine dominierende Mitwirkung bei der Gestaltung der Gesellschaft ermöglichen.
- Der Fraktionszwang bei Abstimmungen im Parlament ist grundsätzlich zu verbieten, weil gewählte Abgeordnete in jedem Fall nur ihrem Gewissen und ihren Wählern verantwortlich sind. Damit wird der Tendenz zu einer Parteiendiktatur und Interessensverflechtung entgegengewirkt.
- Bei allen Gesetzesvorhaben sind Kulturrat und Wirtschaftsrat mit einzubeziehen, um stets die gesamtgesellschaftlichen Belange im Blick zu behalten.

Das Soziale Netz

- In Erfüllung des Auftrages des Grundgesetzes, wonach die Bundesrepublik ein **sozialer** Rechtsstaat ist und Eigentum eine soziale Verpflichtung beinhaltet, sind entsprechende Gesetze zu erlassen, dass alle wirtschaftlichen Überschüsse der Gesellschaft zufließen. Die Verteilung wird von Staat, Kulturrat und Wirtschaftsrat gemeinsam festgelegt.
- Durch eine offene Informationspolitik wird der Gesellschaft die Entwicklung des Wohlstandes deutlich gemacht, um sowohl eine Erweiterung wie auch Einschränkung des sozialen Netzes jederzeit zu rechtfertigen.

Die Natur des Menschen

- Die Natur des Menschen braucht zu ihrer evolutionären Entwicklung Hilfe und Unterstützung, um die sozialen Triebe zu stärken und die antisozialen Triebe zurückzudrängen. Daraus erwächst der Gesellschaft die Verpflichtung, durch Gesetze, Verbote und Empfehlungen, jeweils in Übereinstimmung mit allen relevanten Kräften der Gemeinschaft, einen Weg zu weisen, der von einer klaren Mehrheit gewollt ist.
- In diesem Zusammenhang kommt der Einschränkung wirtschaftlicher Macht und des damit verbundenen Materialismus eine besondere Bedeutung zu. Die Gestaltung gerade dieses Bereiches der menschlichen Gesellschaft muss deshalb mit Abstand eine Vorrangstellung einnehmen.

Globalisierung

Wenn der fortschreitende Prozess der Globalisierung den Menschen dienen soll, dann sind grenzübergreifende und kontinuierliche Gespräche und Vereinbarungen unverzichtbar. Von den Kräften, die heute das Wirtschaftsleben bestimmen und beherrschen, wird die wachsende Gefahr der internationalen Konkurrenz beschworen und als scheinheiliges Alibi für systematischen Sozialabbau benutzt. Aber so wie das internationale Kapital, vertreten von 29 Nationen seit 1995 in Geheimverhandlungen das MAI (Multilaterales Investitionsabkommen) aushandelt, ist es auch möglich, in aller Offenheit Vereinbarungen zu treffen, die wirtschaftlich, sozial und gesellschaftlich dem Nutzen aller Nationen dienen. Hierzu im Einzelnen:

- Die Politik setzt Rahmenbedingungen für Verhandlungen auf globaler Ebene. Wirtschaftsrat und Kulturrat sind stets gemeinsame Gesprächspartner, um zu gewährleisten, dass für alle Länder eine gesamtgesellschaftlich positive Entwicklung ermöglicht wird.
- Förderung aller Möglichkeiten des Aufbaues einer angemessenen Infrastruktur in noch schwach entwickelten Ländern, um diese mit angepasster Landwirtschaft, Gewerbe und Industrie zu souveränen und gleichwertigen Handelspartnern werden zu lassen.
- Unter Einbeziehung von internationalen Vereinigungen wie der UNO und anderen relevanten Organisationen soll die Politik sich uneigennützig bemühen, weltweit demokratische Regierungsstrukturen zu fördern, statt wie bisher aus wirtschaftlichem Egoismus Konflikte zu provozieren, zu schüren und mit Waffenlieferungen am Leben zu erhalten und Diktaturen zu stützen.
- Die kulturelle Eigenständigkeit eines Landes darf durch die Globalisierung nicht in Gefahr geraten, wodurch sich eine natürliche Begrenzung besonders der rein wirtschaftlichen Aktivitäten ergibt. Durch den Primat der Politik wird Erpressung und Bevormundung durch die Wirtschaft ausgeschaltet.

Landwirtschaft

- Der biologische Landbau und artgerechte Tierhaltung werden per Gesetz vorgeschrieben. Für eine Übergangszeit fließen etwaige Subventionen ausschließlich in diese Bereiche.
- Der Produktpreis bildet sich frei am Markt auf Grund echter Kosten. Damit werden die Voraussetzungen geschaffen, dass neue landwirtschaftliche Betriebe entstehen können.
- Der Gesetzgeber beseitigt alle Hürden, die einer intensiven Hofvermarktung entgegenstehen. Es ist ökologisch und wirtschaftlich sinnvoll, dass sich, wo immer möglich, um die landwirtschaftlichen Betriebe Verbrauchergemeinschaften bilden, die ihre Produkte frisch auf kürzestem Weg erwerben können. Für den Landwirt bietet diese Form der Vermarktung außerdem ein hohes Maß an verlässlicher Bedarfsplanung und Anreiz zu hoher Produktivität.
- Durch Initiative des Kulturrates wird die Pflege und der Erhalt der Natur durch landwirtschaftliche Tätigkeit gesellschaftlich aufgewertet und zu einer Gemeinschaftsaufgabe ersten Ranges erhoben.

Der Kulturbereich

- Schulen, Bildungsstätten aller Art, Universitäten, sowie Forschungseinrichtungen werden von staatlicher Bevormundung befreit und per Gesetz dem Kulturrat unterstellt. Der Staat erlässt lediglich im Zusammenwirken mit den Bereichen Kultur und Wirtschaft Rahmenbedingungen für die Gestaltung des Bereiches Erziehung und Bildung, die in allgemeinem gesellschaftlichem Interesse liegen (z.B. Allgemeine Schulpflicht, Förderungsrichtlinien, Forschungskriterien).
- Das gleiche gilt für den Bereich der Medien und Kommunikation, der als Angelegenheit des Kulturbereichs ohne kommerzielle Interessen zu betreiben ist.
- Der Kulturrat fördert alle einer sinnvollen Freizeitgestaltung dienenden Einrichtungen und informiert umfassend über die Zusammenhänge von ökologischen Auswirkungen, bis hin zu Einschränkungen im Interesse der Bewahrung der Schöpfung für künftige Generationen.
- In diesem sensiblen Bereich der Freizeitgestaltung ist im Übrigen auch ohne gesetzliche Vorgaben jeder Einzelne sofort und freiwillig in der Lage, aus Erkenntnis und Verantwortung sein Verhalten zu verändern.

Wer will, dass die Welt so bleibt wie sie ist, der will nicht, dass sie bleibt.

Erich Fried

Beispiele aus der Praxis

Alle Ideen dieser Vision sind irgendwo in kleineren oder größeren Dimensionen verwirklicht, sind also keinesfalls utopisch.

Diese Gedanken sind auch weitgehend identisch mit den Sehnsüchten und Vorstellungen sehr, sehr vieler Menschen, die oft nur in kleinen Gruppen ihr Leben nach ihnen gestalten.

Auf der Suche nach Praxisbeispielen wurde so auch die Notwendigkeit der Beschränkung deutlich, um den Umfang dieses Kapitels zu begrenzen. Deshalb wird der interessierte Leser sich notgedrungen selbst mit Hilfe der gegebenen Hinweise Detailinformationen beschaffen müssen. Diese Schrift will und muss sich darauf konzentrieren, für die zentralen Sachgebiete ein Minimum an Beispielen aus der Praxis darzustellen, um nicht zuletzt auch die Möglichkeit einer ganzheitlichen Vernetzung in diesem visionären menschheitlichen Lebensplan unter Beweis zu stellen.

Bei all diesen Beispielen neuer Lebens- und Tätigkeitsformen ist auch unverkennbar, dass sie sich in einer Entwicklung befinden, dass immer wieder sowohl neue Erkenntnisse wie auch menschliche Unzulänglichkeiten und Bewusstseinsweiterungen Veränderungen notwendig machen, ohne dass allerdings die Grundanliegen in Frage gestellt werden. Auch ein Scheitern so mancher Initiative ist nicht auszuschließen, wobei oft die Behinderung durch Behörden und gesellschaftliche Gruppen mit mächtiger Lobby die Ursache sind.

Eine Reihe von Praxisbeispielen sind in der fast 200 Seiten starken Broschüre „Netz kraftbewegung“ aufgeführt, herausgegeben von Netz kraftbewegung, Marsstr. 40-42, 46509 Xanten. Auch in dem Buch „Jenseits der Globalisierung“, Handbuch für lokales Wirtschaftsdenken, Richard Douthwaite und Hans Diefenbacher, Grünewald Verlag, Mainz, sind eine Fülle von Praxisbeispielen zu finden.

Wichtig ist uns der Hinweis: **Diese Visionen sind realisierbar.**

Wirtschaft

- Der „Verbund freie Unternehmensinitiativen“ in Stuttgart bildet einen Zusammenschluss einer größeren Anzahl von unterschiedlichsten Unternehmen, die partnerschaftlich und assoziativ zusammenarbeiten. Das Ziel ist Selbstverwaltung und Machtverzicht durch geänderte Eigentumsstrukturen, nach der Devise: das Wirtschaftsleben muss wieder den Menschen dienen, ganz im Sinne einer assoziativen Wirtschaftsordnung nach Rudolf Steiner.
- Die große Zahl von Tauschringen in Deutschland und weltweit, wo Leistung gegen Leistung getauscht wird, sind ein Beweis für ein menschliches Wirtschaften auf einer Ebene der Gleichberechtigung, ohne Machtausübung und ohne die Notwendigkeit, Geld zu besitzen. Hier zählen nur Fähigkeiten und Arbeitsleistung.
- Der in der ganzen Welt verbreitete Genossenschaftsgedanke vertritt die Idee, dass gleichgesinnte Personen sich zur Erreichung eines gemeinsamen Zieles durch

Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung zusammenschließen. Wenn diese Idee branchenbezogen ausgeweitet wird, kommt der volkswirtschaftlich so schädliche Verdrängungswettbewerb an sein Ende und der immer, auch in Gruppen gegenwärtige Egoismus wird mehr und mehr gezügelt.

- Broschüre Netz kraftbewegung S. 185: In der italienischen Gemeinde Damanhur leben und wirtschaften 700 Bürger solidarisch zusammen, kombiniert mit einer Wirtschaftsphilosophie, die auf freier Unternehmerschaft basiert und der Gesellschaft verantwortlich ist. Dieses Lebensmodell begleiten 15 000 Sympathisanten aus der ganzen Welt.
- In dem Buch „Die Rückkehr zum menschlichen Maß – Small ist beautiful“ von E.F. Schumacher sind viele Beispiele zu finden, wie Wirtschaft als eine gesellschaftliche und nicht nur auf Eigennutz ausgerichtete Angelegenheit gestaltet werden kann. Alle Modelle beruhen auf freien Einzelentscheidungen von Unternehmern, die Solidarität an die Stelle von Macht gesetzt haben und so dem Wirtschaften ein menschliches Antlitz geben.
- In den Jahren 1948/49 gab es in einer schwierigen gesamtwirtschaftlichen Situation ein Friedensabkommen in der Schweizer Wirtschaft, in dem Gewerkschaften und Unternehmerverbände eine offene und faire Zusammenarbeit vereinbarten, die den Antagonismus von Kapital und Arbeit neutralisierte und den Weg wies zu einer Selbstverwaltung der Wirtschaft auf paritätischer Basis der Beteiligten. Das erfolgreiche Modell wurde 1950 von den Unternehmern nicht weitergeführt, als sich die Wirtschaftsdaten verbessert hatten.
- Broschüre Netz kraftbewegung S. 137: Der Verein Christen für gerechte Wirtschaftsordnung e.V. ist ein Zusammenschluss von Menschen, die die wesentlichen Fragen gesellschaftlicher Ordnung erforschen und die Problemfelder Wirtschaft, Geld, Bodenökonomie und Umweltordnung miteinander verbinden. Die Arbeit des Vereins konzentriert sich auf eine nachhaltige ökosoziale Wirtschaftsordnung mit entsprechenden Rahmenbedingungen und setzt sich ein für Instrumente direkter Demokratie und für die Idee der sozialen Dreigliederung im Sinne Rudolf Steiners.

Arbeit

- In einer Broschüre der Firma WALA-Heilmittel GmbH, Eckwälden/Bad Boll ist die in diesem Unternehmen geübte Praxis erläutert, eine Einkommensermittlung zu finden, die den Warencharakter der Arbeit aufhebt und statt dessen jedem Mitarbeiter das Gefühl vermittelt, in einer „Zusammenarbeitsgemeinschaft“ tätig zu sein. Jeder trägt mit seiner Arbeit verantwortlich dazu bei, gemeinsam Waren und Werte für die Kunden der WALA zu schaffen. Über die Verkaufspreise entsteht ein Firmeneinkommen, das dann zu einem Großteil den Mitarbeitern wieder zur Verfügung steht. Dies nach dem Schlüssel: Sockelanteil, für jeden gleich, plus Aufgabenanteil, je nach beruflichen Fähigkeiten und Erfordernissen, plus Sozialanteil, je nach Bedürfnissen. Das gesamte Einkommen erhalten alle Mitarbeiter jeden

Monat im **Voraus**. Damit wird noch deutlicher gemacht, dass der Mitarbeiter seine Arbeit nicht als Ware anzubieten hat, sondern seine Leistung frei von materiellem Zwang in „sein Unternehmen“ einbringt. Am Ende eines Geschäftsjahres fließt den Mitarbeitern dann der größte Teil des Jahresertrages zusätzlich nach einer gesonderten Regelung zu, während der Restgewinn der Kapitalerhöhung des Unternehmens dient. Private Eigentümer des Unternehmens gibt es nicht mehr, eine Stiftung ist Eigentümerin (siehe Beispiel im Kapitel „Eigentum an Produktionsmitteln“).

- Die Reduzierung der sog. Erwerbsarbeit als Gebot ökologischer Verantwortung und als Folge von Bedarfssättigung sowie von Technik und Rationalisierung ist schon heute fast weltweit Realität. Während jedoch derzeit Arbeitslosigkeit für Millionen von Menschen die kapitalistische Variante der Arbeitszeitverkürzung darstellt, entwickeln sich parallel dazu eine Vielzahl von neuen, flexiblen Arbeitszeitmodellen, die einen Weg in die Zukunft weisen, vorausgesetzt, sie sind sozial und gesellschaftlich ausgewogen und dienen nicht nur der Gewinnsicherung und –erhöhung der privaten Unternehmer aller Art. Insofern mögen alle diese in den Betrieben schon praktizierten und laufend weiter entwickelten Modelle beispielhaft dafür sein, wie reduzierte Erwerbsarbeit zu organisieren ist.
- Für die heute noch bestehenden skandalösen Arbeitszeitverkürzungen durch Arbeitslosigkeit sind die vielen Arbeitslosen- und Beschäftigungsinitiativen ein Beispiel für das Engagement und das Verantwortungsbewusstsein von gesellschaftlichen Gruppierungen aller Art, von Kirchen über Vereine, Bürgerinitiativen bis hin zu den Gemeinden. Schon heute ist erkennbar, dass viele dieser so geleisteten Arbeiten für die Gesellschaft unverzichtbar sind, nur dass diese von Menschen verrichtet werden, die ein asoziales Wirtschaftssystem ins Abseits gestellt hat. Diese Tätigkeitsstrukturen sind jedoch im Rahmen eines assoziativen Wirtschaftsgeschehens in eine sozial sich entwickelnde Gesellschaft ohne Schwierigkeiten einzugliedern.
- Die Arbeit, die im Gefolge der schon erwähnten Tauschringe geleistet wird, gibt den Menschen das Gefühl, eine sinnvolle Tätigkeit auszuüben und stärkt so das Selbstbewusstsein und den Solidargedanken. Dazu gesellt sich Freude an der Arbeit und gibt zusätzlich Befriedigung, weil sichtbar und direkt für andere gearbeitet wird.

Wettbewerb

- In unserem bestehenden Wirtschaftssystem, das ganz auf Verdrängung und Eliminierung des Konkurrenten ausgerichtet ist, lassen sich nur schwer Beispiele für einen fairen Leistungswettbewerb finden. Ein Versuch in dieser Richtung war wiederum das Schweizer Friedensabkommen, das durch vielfältige Absprachen zwischen den Wirtschaftsunternehmen und Branchen zum Wohle einzelner Unternehmen wie der ganzen Gesellschaft beigetragen hat. Es wurde damit der Beweis erbracht, dass Partnerschaft anstelle von Aggression möglich ist, wenn dies gewollt ist.

- Zwischen zwei anthroposophisch geführten Unternehmen (WALA und Weleda) gibt es schon seit Jahren eine Abmachung, ihre Produktpalette zu straffen. So lag es auf der Hand, dass die beiden Firmen sich, auf ihre jeweilige Stärke besinnend, einigten und auf Produkte, die von der ganzen Herstellung her bei der jeweils anderen Firma beheimatet sind, verzichteten. Diese Abmachung ist dem Kunden bekannt und nützt allen Beteiligten, weil so ein Verdrängungswettbewerb unterbunden wird, bei gleichzeitiger Qualitätssicherung der Produkte und einer moderaten Preisgestaltung. Was kann ernsthaft gegen derartige, offene Vereinbarungen vorgebracht werden?
- Solche Versuche, der Vernunft und volkswirtschaftlichem Nutzen zu dienen, gibt es in unserer Wirtschaft auch heute in allen Branchen. Es handelt sich dabei meist um sog. illegale, dem Kartellgesetz entgegenstehende Firmenabsprachen zu dem Zweck, eine für alle ruinöse Preispolitik zu verhindern, die letztlich nur Verlierer kennt und laufend Arbeitslosigkeit hervorruft (rund 30 000 Konkurse im Jahr 1998). Problematisch werden solche Absprachen, die im Grunde einem Kartell der Vernunft entsprechen, erst dann, wenn Monopolisten damit ihre Marktbeherrschung anstreben. Dabei wird paradoxerweise immer deutlicher, dass bei den zunehmend undurchsichtigen Verflechtungen gerade der Multis die Kartellbehörden ihre Schutzfunktion im Interesse der Verbraucher immer schwerer wahrnehmen können, während Einzelunternehmen zum Buhmann gestempelt werden. Alle absolut verständlichen Versuche, den in jeder Hinsicht schädlichen Verdrängungswettbewerb zu unterlaufen, machen nur eines deutlich: den Wunsch von immer mehr Unternehmen, eine branchenbezogene, assoziative Wirtschaft betreiben zu können, die auf Nachhaltigkeit und Dauer ausgerichtet ist.

Geld und Kapital

- Eine Reihe von europäischen Banken arbeiten als reine Servicebanken und erzielen keine Gewinne. Dividenden auf Bankanteile (meinst Genossenschaftsanteile) gibt es nicht. Handel mit Geld und Wertpapieren ist ausgeschlossen. Für einen Großteil der gewährten Kredite wird statt eines Zinses lediglich eine Kostendeckungsumlage erhoben. Diese Banken sehen ihre wesentlichste Aufgabe darin, Geldbesitzer mit Kreditnachfragern in Verbindung zu bringen und beratend zu begleiten. Die Namen dieser Banken (in Kurzform): GLS Bank Bochum, Triodos Bank Niederlande, Merkur Bank Dänemark, Freie Gemeinschaftsbank BCL Schweiz, Triodos Bank Belgien, Cultura Lanesamvirke Norwegen, Triodos Bank Großbritannien, Ekosparkassan Schweden, Société Financière de la NEF Frankreich. Damit sind Signale gesetzt, wie Geld seinen Warencharakter verliert und eine dienende Funktion erlangt. Es geht also auch anders.
- Den Gedanken, dass Zins/Zinseszins etwas Unmoralisches anhängt, beweisen frühe Aussagen in den Weltreligionen (Christentum, Islam), wonach es Gläubigen verboten ist, Zins zu nehmen. Da müsste eigentlich das vorwiegend christlich sich gebende Abendland seine kapitalistische Ideologie dringend überprüfen.
- Eine Bank wie z.B. die Ökobank, sieht wiederum ihre Hauptaufgabe in der Förderung ökologischer Entwicklungsprojekte als eine gesellschaftliche Notwendigkeit.

- Die Ökumenische Entwicklungsgenossenschaft EDCS (Netz kraftbewegung S. 104) ist eine Kreditgenossenschaft niederländischen Rechts und arbeitet international. Die EDCS gibt Menschen, die ansonsten keinen Zugang zum Kapital haben, faire Kredite mit überschaubaren Konditionen. Die Geschäftspartner der EDCS müssen bestimmte Kriterien erfüllen und vor allem die Lebensbedingungen armer und benachteiligter Menschen verbessern. Allein in Deutschland beteiligen sich ca. 8000 Einzelpersonen und Institutionen an der EDCS mit einem Investitionsvolumen von ca. 70 Mio. DM.
- An dieser Stelle sei auch nochmals an die Tauschringe erinnert, die an Stelle des Geldes unmittelbar ihre Leistung tauschen und so die Gefahr der Geldmacht bannen.

Technik und Rationalisierung

- In Ansätzen wird auf staatlicher Ebene für verschiedene Bereiche der Forschung, Entwicklung und Anwendung eine Kontroll- und Genehmigungsinstitution geschaffen, die verhindert (verhindern soll), dass nicht alles gemacht wird, was technisch möglich ist. Beispielhaft seien genannt die Entwicklung der Atomtechnik, der Gentechnik, der Medizin, wobei die Unzulänglichkeit dieser Institutionen offenkundig ist als Folge der Dominanz der Wirtschaft gegenüber Staat und Gesellschaft. Aber immerhin wird eines deutlich: die Notwendigkeit einer Begrenzung des „Fortschritts“ ist gesellschaftlich anerkannt. Es gilt, durch erweiterte Rahmenbedingungen des Staates den Erpressungsversuchen und Drohungen der Wirtschaft konsequent Widerstand zu leisten, zum Wohle der Gesellschaft und kommender Generationen.
- Ein weiteres Beispiel praktischer Tätigkeit auf dem Gebiet der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) ist das Bemühen der UVP-Gesellschaft e.V. in Hamm (Broschüre Netz kraftbewegung S. 115). Mit rund 1 000 Mitgliedern, die thematisch in Arbeitsgemeinschaften und regional in Landesgruppen arbeiten, befasst sich der Verband u.a. mit Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben und Verordnungen und setzt sich so in Theorie und Praxis für mehr Umweltvorsorge ein. Seit 1992 befasst sich die UVP-Gesellschaft auch mit betrieblichen Umweltmanagementfragen und speziell mit dem Öko-Audit, das zunehmend an Bedeutung in der Wirtschaft gewinnt.

Energie

- In diesem Bereich sind die Beispiele inzwischen Legion. Weltweit werden alternative Energiearten entwickelt, getestet und auch praktisch eingesetzt. Ob Windkraft, Bio-Energie, Erdwärme, Sonnenenergie, Wasserkraft – alle diese Möglichkeiten gilt es auszuloten und dabei vor allem Widerstände von Staat und etablierter Energiewirtschaft gegen die Ablösung der nicht regenerierbaren Energien zu brechen. Dies ist auch das Ziel vieler Bürgerinitiativen, die sich nicht zuletzt gegen den Ausbau der Atomenergie wenden.

- Ein besonderes Beispiel für den erfolgreichen Versuch, Unabhängigkeit von den übermächtigen Strommonopolisten zu gewinnen, ist die Initiative „Netzkauf Schönau“ im Schwarzwald, wo die Bürger ihr eigenes Stromkonzept entwickelt haben.
- Weitere Beispiele für eine andere Art der Energieerzeugung und des -verbrauchs finden sich wieder in der Broschüre Netz kraftbewegung S.108 und 111. Auch viele Städte (z.B. Rottweil) haben Energiekonzepte entwickelt, die unter Einbeziehung aller Bürger neue Wege der Energieerzeugung und des Energiesparens weisen. Gerade für die nahe Zukunft ist das Energiesparen von ganz besonderer Bedeutung, denn der umfassende Einsatz regenerativer Energien wird noch viel Entwicklungsarbeit und damit auch noch viel Zeit beanspruchen. Und mit Energiesparen kann beispielhaft jeder einzelne Bürger sofort beginnen.

Ökologie

- Ökologisches Verhalten ist zum Anliegen unzähliger Menschen, Institutionen und auch vieler Staaten geworden. Stellvertretend, auch für weltweite Aktivitäten seien genannt Greenpeace, Robin Wood, der BUND und alles Natur- und Umweltschutzverbände. Diese Institutionen haben mit ihrer nachhaltigen Tätigkeit wesentlich zu einer Veränderung des Bewusstseins beigetragen und bleiben das ökologische Gewissen der Gesellschaft und der ökologische Stachel für die egoistisch motivierte Wirtschaft. Die Tatsache, dass es zu einem international einberufenen Klimagipfel gekommen ist, macht auch deutlich, dass sich die Staaten der Erde mehr und mehr ihrer Verantwortlichkeit für ökologisches Verhalten bewusst werden, dies sicherlich unter zunehmendem Druck der sich ökologisch strukturierenden Öffentlichkeit. Auch hier gilt: bei all den bescheidenen Erfolgen solcher Konferenzen ist doch ein Anfang gemacht und der richtige Weg eingeschlagen, nämlich den Primat der Politik vor der Wirtschaft deutlich zu machen. In diesen Bereich fallen auch alle anderen internationalen Abkommen wie etwa das Artenschutzabkommen, die Fischereiregeln u.v.a.
- Ein hervorragendes Beispiel für privates und gesellschaftliches ökologisches Engagement sind die vielen Ökoinstitute, die in vielfältiger Weise ihre Tätigkeit entwickeln: forschend, mahnend, anklagend und nicht zuletzt richtungsweisend. Was anfänglich von vielen Seiten als ein untauglicher Profilierungsversuch abgetan wurde, hat sich zu einer zentralen und unverzichtbaren Einrichtung entwickelt.

Eigentum an Grund und Boden sowie an Produktionsmitteln

- Ein praktisches Beispiel für neutralisiertes Eigentum an Produktionsmitteln ist die Firma WALA-Heilmittel GmbH in Eckwälden/Bad Boll. Dort haben die ehemals privaten Eigentümer (Gesellschafter) aus Einsicht und Überzeugung auf den persönlichen Besitz an Produktionsmitteln verzichtet, eine Stiftung gegründet und die Mitarbeiter befristet für die Dauer ihrer Tätigkeit im Unternehmen zu Eigentümern gemacht. Der größte Teil der Erträge kommt den Mitarbeitern auf der Basis

besonderer vertraglicher Vereinbarungen zugute, wobei die Förderung und Sicherung des Unternehmens stets Vorrang hat und außerdem jeder Mitarbeiter für seine Anteile volles unternehmerisches Risiko trägt. Die erworbenen Anteile sind auch nicht handelbar. Veräußerung und Vererbung des Unternehmens ist auf Grund des Stiftungsrechts für die Zukunft ausgeschlossen. Dieses Firmenmodell könnte für alle Unternehmen Vorbild sein.

- Das schon im Kapitel „Wirtschaft“ angeführte Beispiel des „Verbund freie Unternehmensinitiativen“ ist auch für die Eigentumsfrage beispielhaft. Alle in diesem Verbund zusammenarbeitenden Unternehmen verändern ihre privaten Eigentumsstrukturen in Richtung eines gemeinschaftlichen Eigentums unter Ausschaltung privater Machtansprüche. Interessant sind hierbei die durchaus unterschiedlichen Unternehmensformen und die Vorgehensweise hin zu Veränderungen.
- Die Bestrebungen, Mitarbeiter an Unternehmungen zu beteiligen, reichen weit zurück. Die „Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Partnerschaft in der Wirtschaft e.V. (AGP) mit Sitz in Kassel bemüht sich seit vielen Jahren erfolgreich, diese Idee bei den Unternehmern zu verbreiten. Immerhin haben inzwischen in Deutschland rd. 2500 Betriebe mit über 2 Mio. Mitarbeitern Beteiligungsmodelle eingeführt, wobei allerdings in den seltensten Fällen die Eigentumsansprüche der privaten Besitzer zur Disposition stehen. Wenn dann eine Mitteilung des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) aus dem Jahre 1998 besagt, dass in naher Zukunft rd. 120 000 Familienbetriebe mit 1,6 Mio. Beschäftigten einen neuen Chef suchen (in den nächsten 10 Jahren sind es rund 700 000 Unternehmer und Selbständige) und oft sich in den Familien keine geeigneten Nachfolger finden, dann wird erst so richtig deutlich, wie dringend eine Neugestaltung der Eigentumsfrage im Sinne eines befristeten, neutralisierten Eigentums ist. Deshalb reicht auch der Schritt zur bloßen Ertragsbeteiligung der Mitarbeiter nicht aus, es muss der nächste Schritt zur vollen Mitverantwortung aller im Unternehmen Tätigen folgen mit der Konsequenz des vollen Miteigentums an „ihrem“ Betrieb.
- Auch die „Gesellschaft für innerbetriebliche Zusammenarbeit GIZ-GmbH) mit Sitz in Forchheim sieht in der Mitarbeiter-Beteiligung das Zukunftspotential für eine verantwortungsbewusste und erfolgversprechende Unternehmensführung.
- Nur allzu oft findet bei privaten Unternehmungen ein betrieblicher Niedergang statt als Folge von Unfähigkeit und Egoismus der Erben. E.F. Schuhmacher hat in seinem Buch „Die Rückkehr zum menschlichen Maß“ weitere Beispiele aufgeführt, wie Unternehmenseigentum unter Ausschaltung privater Machtausübung gestaltet werden kann. Die Lektüre dieses Bestsellers empfiehlt sich auf alle Fälle, ebenso wie die Veröffentlichungen der E.F. Schuhmacher-Stiftung.
- Bezüglich des Eigentums an Grund und Boden gibt es historische Beispiele, die private Eigentumsrechte ausschließen. Die Allmende war (und ist heute noch vereinzelt) eine Form des Gemeineigentums, womit lediglich Nutzungsrechte verliehen werden. Große Waldgebiete befinden sich noch immer im Gemeindebesitz und werden zum Zwecke des gesellschaftlichen Nutzens bewirtschaftet.

- Eine weitere Form der Nutzung von Grund und Boden ohne private Eigentumsrechte ist die Erbpacht, wobei von den Gemeinden und Kirchen langfristige Nutzungsrechte vergeben werden. Damit sind Spekulationen und Nutzung nur zum Zwecke der Gewinnerzielung ausgeschlossen. Die Erbpacht erlebt derzeit eine beachtliche Aktualität.
- Verschiedene Wohnungsinitiativen haben nach Ideen der GLS-Bank (Gemeinschaftsbank für Leihen und Schenken) Eigentumsverhältnisse gestaltet, die Grund und Boden als handelbare Ware ausschließen. Die bis heute bestehenden 24 Initiativen tragen den verschiedenen Bedürfnissen der Bodennutzung Rechnung und demonstrieren damit nachhaltig, dass private Eigentumsrechte für eine sinnvolle Nutzung bedeutungslos sind.

Die Aufgaben des Staates

- In den Staaten mit demokratischer Verfassung ist vom Grundsatz her ein beträchtlicher Spielraum für die Mitwirkung der Bürger am gesellschaftlichen Leben gegeben. Die zahlreichen Bürgerinitiativen auf allen Gebieten sind ein Beweis für das Engagement der Bürger zur Mitgestaltung ihres Staates mit dem Ziele einer Selbstverwaltung all der Angelegenheiten, die das Leben der Menschen unmittelbar und oft auch regional betreffen. Darunter fallen auch Initiativen, die eine verstärkte Mitwirkung bei der politischen Willensbildung anstreben, um den übermächtigen Einfluss der Parteien und der Wirtschaft zurückzudrängen. Stellvertretend für all diese Aktivitäten seien hier genannt:
Theodor Heuss-Stiftung – Aktion Gemeinsinn – Forum Bürgerbewegung – Stiftung Mitarbeit (Netz kraftbewegung S. 103) – „Für Uns“ e.V. (Netz kraftbewegung S. 107) – Mehr Demokratie e.V. (Netz kraftbewegung S. 145)

Das soziale Netz

- Die in vielen demokratischen Ländern im Laufe der wirtschaftlichen Entwicklung erkämpfte Sozialgesetzgebung gerät im Zuge der Globalisierung zunehmend in die Gefahr der Aushöhlung oder gar der Abschaffung. Die Wirtschaft verweist auf die Unbezahlbarkeit und verlangt private Vorsorge und auch der Staat kann seinen gesetzlich verankerten Verpflichtungen wegen leerer Kassen kaum mehr nachkommen. Bei dieser Entwicklung gewinnen alle kirchlichen, gesellschaftlichen und privaten Einrichtungen zunehmend an Bedeutung, wobei die ehrenamtlichen Tätigkeiten einen immer größeren Raum einnehmen. Diese vielen sozialen Dienste einer lebendigen Bürgergesellschaft sind Ausdruck einer beispielhaften sozialen Verantwortung allen Hilfsbedürftigen gegenüber, einer Verantwortung, der sich insbesondere die Wirtschaft entzieht und so die Kluft zwischen Arm und Reich anwachsen lässt. Dementsprechend wird auch die Bedeutung dieser privaten gesellschaftlichen Initiativen auf sozialem Gebiet zunehmen.

Globalisierung

- Ein Beispiel für Globalisierung ohne den negativen Trend des Verdrängungswettbewerbs ist die stetige Entwicklung des Faire Trade, der den Erzeugern von Produkten ebenso dient wie den Verbrauchern. Private Initiativkräfte haben mit dieser Idee einen Weg gewiesen, der sich in der Praxis bewährt.
- Entwicklungshilfe im weitesten Sinne ist ein weiteres Beispiel für sinnvolle Globalisierung. Sowohl staatliche wie gesellschaftliche Institutionen beschreiten einen Weg, der durch Vermittlung von praktisch anwendbarem Wissen auf allen Lebensgebieten Menschen in aller Welt Hilfe zur Selbsthilfe bringt. An der positiven Beurteilung dieser Entwicklungshilfe ändert auch die Tatsache nichts, dass gerade staatliche Entwicklungshilfeprojekte oft nicht den Menschen, sondern einzelnen Interessengruppen zugutekommen.
- Auf staatlicher Ebene sind ebenfalls Ansätze zu erkennen, den negativen Auswirkungen der Globalisierung entgegen zu wirken. So ist der Beschäftigungsgipfel der EU ein Versuch und die Erkenntnis wächst, dass auch die sozialen, die steuerlichen Belange in den Staaten einer Harmonisierung bedürfen, trotz aller Widerstände der globalen Wirtschaftsmächte.
- Als ein Negativbeispiel globaler Harmonisierung kann das von der internationalen Wirtschaft angestrebte Multilaterale Investitionsabkommen MAI betrachtet werden, das für die Gesellschaft bedrohliche Perspektiven beinhaltet. Die gleichen Wirtschaftsmächte könnten auch ein Abkommen aushandeln, das allen Menschen (und nicht nur den Kapitalbesitzern) in allen beteiligten Ländern (eben global) wachsenden Wohlstand und soziale Sicherheit bringt, statt das Gegenteil. Aber ebenso denkbar ist, dass die Regierungen dieser Länder ein Abkommen in dieser Richtung treffen, das die egoistische Wirtschaft in die Schranken weist und Begrenzungen zum Wohle der Menschen festlegt – vorausgesetzt, die Politik gewinnt ihre Vormachtstellung zurück.

Landwirtschaft

- Für das Betreiben einer gesunden Landwirtschaft gibt es schon längst genügend Beispiele. Unter dem Begriff Bioland oder Demeter wird mit wachsender Tendenz ein ökologischer Landbau betrieben, der sowohl gesunde Produkte erzeugt als auch die Natur pflegt und die Bodenqualität erhält. Jeder Konsument, der solche Produkte erwirbt, leistet damit einen Beitrag zur Gesundung der Landwirtschaft.
- Weiter gibt es viele Beispiele, wo sich Menschen, oft in großer Zahl direkt mit Bauernhöfen verbinden, diese als „ihre“ Höfe betrachten, sich finanziell, arbeitsmäßig und durch feste Produktionsabnahmen an der Entwicklung einer Landwirtschaftsgemeinschaft beteiligen. Ein gutes Beispiel hierfür ist etwa der Dottenfelder Hof im Großraum Frankfurt, der dadurch auch in die Lage versetzt wird, zusätzliche soziale Aktivitäten zu entwickeln.

- Ein Beispiel unter vielen für Information und Forschung auf dem Sektor ökologischen Landbaus ist die „Stiftung Ökologie und Landbau – ÖL“ in Bad Dürkheim (Netz kraftbewegung S. 121).

Der Kulturbereich

- Entsprechend dem Grundgesetz Art. 7 bestehen bereits viele private Schulen, die eine besondere Pädagogik verfolgen und damit auch bewusst in einen Wettbewerb mit der staatlich reglementierten Bildungsmethode treten. Auch private Universitäten sind möglich und bereits Realität. Dies ist jedoch jeweils möglich unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen, die vom Staat vorgegeben sind.
- Im weiten Bereich des kulturellen Lebens sind viele Institutionen angesiedelt, die ihre Aufgabe darin sehen, eine Kultur der Solidarität, der Gewaltfreiheit und der ethischen Werte zu fördern und Fehlentwicklungen zu verhindern. Drei Beispiele sollen das deutlich machen: Die Filmselfkontrolle, die Entgleisung der filmischen Darstellungskunst verhindern hilft, der Rundfunkrat des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks, der über dieses mächtige Medium Funk und Fernsehen wacht, und der Werberat, der die Grenzen gesellschaftlich verträglicher Werbung festzulegen versucht. Ohne Zweifel ist die Besetzung und damit die Unabhängigkeit dieser Räte ein besonderes Kriterium, aber das gilt schließlich für jegliches menschliche Tätig sein, wo einzelne Menschen sich in Gruppen zusammenfinden, um allgemein gültige Wertevorstellung vorzugeben. Demokratie ohne dieses Risiko ist utopisch.
- In den letzten Jahrzehnten haben sich viele sog. Zukunftswerkstätten gebildet, die sich alle mit gegenwärtigen und zukünftigen gesellschaftlichen Entwicklungen beschäftigen. In der Broschüre Netz kraftbewegung sind viele solcher Initiativen vertreten. Es wird u.a. besonders auf die Seiten 14, 17, 26, 30, 49, 87, 117 und 164 verwiesen.

Nachwort

Diese wenigen Beispiele, stellvertretend für unzählige weitere, sollen eine Ermutigung sein für alle die Menschen, die trotz der düsteren Zukunftsaussichten nicht in Resignation verfallen.

Mehr denn je besteht die Notwendigkeit, die Ungerechtigkeiten und Fehlentwicklungen in unserer Welt mutig zu benennen und mit Überzeugungskraft und Aufforderung zum sachlichen Dialog Gerechtigkeit einzufordern. Diesen Dialog fordern wir mit dieser Schrift heraus, wobei deutlich gemacht werden kann, dass hinter den so oft und gerne zitierten und vorgeschobenen Sachzwängen die von der Wirtschaft geschaffenen und streng gehüteten Machtstrukturen stehen, die es aufzubrechen gilt.

Dazu sind Visionen nötig, die über den Zeitgeist hinaus reichen und in einem äußerst kritischen Zeitpunkt der Menschheitsentwicklung ganz neue, aber gangbare Wege in die Zukunft weisen.

Literaturhinweise

- Afheldt, Horst, Wohlstand für Niemand, 1994, München
- Al Gore, Wege zum Gleichgewicht, 1992, Frankfurt/M.
- Beaudier, Pierre, Gegenfeuer, 1998, Konstanz
- Bericht über die menschliche Entwicklung 1998, Vereinte Nationen UNDP
- Bundesverband KAB, Texte zur Katholischen Soziallehre
- Douthewaite, Richard und Diefenbacher, Hans, Jenseits der Globalisierung 1998, Mainz
- Duchrow, Ulrich, Alternativen zur kapitalistischen Weltwirtschaft, 1994, Gütersloh/Mainz
- Enzyklika „Laborem exercens“
- Forrester, V., Der Terror der Ökonomie, 1997, Wien
- Fütterer Klaus, Streit um die Arbeit, 1984, Stuttgart
- Global 2000, Der Bericht an den Präsidenten, Zweitausendundeins, 1980, Frankfurt/M.
- Hengsbach, Friedhelm, Abschied von der Konkurrenzgesellschaft, 1995, München
- Hengsbach, Friedhelm, Strukturentgiftung, kirchliche Soziallehre im Kontext von Arbeit, Umwelt, Weltwirtschaft, 1990, Düsseldorf
- Kessler, Wolfgang, Aufbruch zu neuen Ufern, 1990, Oberursel
- Kessler, Wolfgang, Wirtschaften im dritten Jahrtausend, 1996, Oberursel
- König, Johann Günther, Alle Macht den Konzernen, 1999, Reinbeck
- Küng, Hans und Kuschel, Karl-Josef (Hg.) Wissenschaft und Weltethos, 1998, München
- Latrille, Wolfgang, Assoziative Wirtschaft, 1985, Stuttgart
- Leipert, Christian, Die heimlichen Kosten des Fortschritts, 1989, Frankfurt/M.
- Mayer, Lothar, Ausstieg aus dem Crash, Entwurf einer Ökonomie jenseits von Wachstumszwang und Umweltzerstörung, 1999, Oberursel
- Nahr, Helmar, Immer Ärger mit der Energie, 1981, Neustadt a.d.A.
- Ott, Franziskus, M., Befristetes Eigentum, 1977, Zürich
- Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland und Deutsche Bischofskonferenz, Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit, 1997, Hannover/Bonn
- Saul, John, R., Der Markt frisst seine Kinder, 1992, Frankfurt/M.
- Schumacher, E. F., Rückkehr zum menschlichen Maß, 1977, Reinbeck
- Sennet, Richard, Der flexible Mensch, 1998, New York
- Steiner, Rudolf, Die Kernpunkte der sozialen Frage, 1919, Dornach
- Texte zur Katholischen Soziallehre, Bundesverband KAB
- Weltkursbuch, Herausgeber Misereor, 1998, Basel

Die Autoren

Hagenauer, Helmut, geb. 1928 im Allgäu, verheiratet, 3 Kinder, Abitur, nach Kriegsgefangenschaft Lehre und Meisterprüfung als Buchdrucker, leitender Angestellter in Großdruckerei, 1970 bis 1986 Geschäftsführer einer Konzerndruckerei, 1987 bis 1996 Mitglied des Stiftungsvorstandes der WALA-Stiftung in Eckwälden/Bad Boll, vielseitige Referententätigkeit, lebt seit 1963 in Trossingen/Baden-Württemberg.
Anschrift: Hegastr. 22, 78647 Trossingen.
Telefon (07425) 4650

Bausch, Helmut, geb. 1932 in Süßen/Württ., verstorben 2005 in Tuttlingen, verheiratet, Grundschule, Realschule, Berufsausbildung Maschinenbau – Abschluss, Facharbeiter Maschinenbau, Betriebsrat, Arbeits- und Leistungsbewertung – Kalkulation, 1972 Ausbildung Evang. Akademie Bad Boll, Sozialakademie der Evang. Kirche in Deutschland und andere – 1974 Abschluss, Referent / Studienleiter Evang. Akademie Bad Boll, 1995 Ruhestand, freiberufliche und ehrenamtliche Tätigkeit im kirchlichen und gewerkschaftlichen Bildungsbereich.

Fuchs, Pater Godehard (SDS), geb. 1930 in Bierhütte/Bayern, Lehre und Gesellenprüfung als Karosseriebauer, 1960 Abitur, anschließend Studium der Philosophie und Theologie in Passau und Mainz, 1967 Priesterweihe, Mitglied des Ordens der Salvatorianer, 1967 – 1974 Jugendseelsorger in München und Stuttgart, 1974 – 1995 Betriebsseelsorger in der Region Tuttlingen – Rottweil – Schweningen, von 1995 bis 2000 Gemeindepfarrer in Gunningen/Landkreis Tuttlingen mit einem Teilauftrag in der Betriebsseelsorge.
Anschrift: Bierhütte 5, 94545 Hohenau
Telefon (08558) 973638

Geyer, Heinz, geb. 1943 in Köngen/a.N., verheiratet, 2 Kinder. Berufsausbildung: Betriebsschlosser und Techn. Zeichner, 1972 bis 1985 Betriebsrat und freigestellter Betriebsrats-vorsitzender in einem mittelständischen Metallunternehmen, 1975 bis 1987 Mitglied im Gemeinderat in Aldingen, Kreis Tuttlingen. Von 1985 bis 2004 hauptberuflicher DGB-Kreisvorsitzender in Tuttlingen. 1986 bis 1998 Mitglied im DGB-Landesbezirksvorstand Baden-Württemberg. Weitere Funktionen: Alternierender Vorsitzender im Bezirksrat der AOK Tuttlingen, alternierender Vorsitzender des Verwaltungsausschusses Arbeitsamt Rottweil, Vorstandsmitglied bei der Volkshochschule für den Landkreis Tuttlingen.
Anschrift: Richard-Wagner-Str. 16, 78554 Aldingen
Telefon (07424) 84310

Maile, Thomas, geb. 1956 in Stuttgart, verheiratet, 3 Kinder, aufgewachsen in Kornwestheim, Ehingen und Heidenheim, Studium der Katholischen Theologie in Tübingen und Paris, während der Semesterferien Akkord- und Schichtarbeiter in verschiedenen Industriebetrieben, 1984 bis 1987 Ausbildung zum Pastoralreferenten in der Diözese Rottenburg-Stuttgart, seit 1988 Arbeiter- und Betriebsseelsorger, zunächst in Aalen, seit 1995 in Tuttlingen.
Anschrift: Kirchstr. 3, 78606 Seitingen-Oberflacht
Telefon (07464) 2046